

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 37. Jg. Heft 1 | 2024

Stephan Höyng¹

Opferbereitschaft und ein Plan Erfahrungen mit der letzten Generation

Abstract The Last Generation sees itself not only as part of the climate movement, but also as activists for civil resistance. The article compares public statements and activities of the Last Generation as well as observations and interview statements from the spring 2023 campaign in Berlin with the principles of civil resistance. It becomes clear that the Last Generation consistently implements and develops civil resistance with a high willingness to make sacrifices. The external impact in the various media is the main political instrument of the Last Generation. The actions do not necessarily have to be accessible to everyone, as the criminalization of the Last Generation has also triggered outrage and allowed it to grow. To be successful, however, the disruption must become unignorable. The necessary ingredients for this are non-violent disruption, a willingness to make sacrifices and an intensification of the protests. But will the growth of the Last Generation be enough for a disruptive change in climate policy?

Zusammenfassung Die Letzte Generation versteht sich selbst nicht nur als Teil der Klimabewegung, sondern auch als Aktivist*innen des zivilen Widerstands. In den Beitrag werden öffentliche Aussagen und Aktivitäten der Letzten Generation sowie Beobachtungen und Interviewaussagen aus der Frühjahrskampagne 2023 in Berlin mit den Prinzipien des zivilen Widerstands verglichen. Es wird deutlich, dass die Letzte Generation zivilen Widerstand mit einer hohen Opferbereitschaft konsequent umsetzt und weiterentwickelt. Dabei ist die Außenwirkung in den verschiedenen Medien das wesentliche politische Instrument der Letzten Generation. Die Aktionen müssen nicht unbedingt für alle anschlussfähig sein, denn auch die Kriminalisierung der Letzten Generation hat Empörung ausgelöst und sie wachsen lassen. Für einen Erfolg muss die Störung allerdings unignorierbar werden. Notwendige Zutaten dafür sind gewaltfreie Störung, Opferbereitschaft und eine Intensivierung der Proteste. Ob das Wachstum der Letzten Generation aber für eine disruptive Veränderung in der Klimapolitik reicht?

¹ Prof. Dr. Höyng, Stephan Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Fach- und Arbeitsgebiet: Geschlechterdifferenzierte Jungen- und Männerarbeit, Telefon: +49 30 50 10 10 86, Raumnummer: 3.062; Homepage: [Institut für Gender und Diversity in der sozialen Praxisforschung](https://www.khsb-berlin.de/institut-fuer-gender-und-diversity-in-der-sozialen-praxisforschung). E-Mail: stephan.hoeyng@khsb-berlin.de

Gerade im Frühjahr 2023 gab es erhebliche öffentliche Debatten um die Straßenblockaden der Letzten Generation. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin vom Februar 2023 sah bis zu diesem Zeitpunkt keine negativen Auswirkungen der Protestform der Letzten Generation auf das Anliegen des Klimaschutzes, allerdings sieht sie auch keine positiven (vgl. Jacobsen 2023; Saldivia-Gonzatti u.a. 2023). Ob das heute vielleicht anders wäre? Dieser Beitrag soll Hintergründe und Beobachtungen zu folgende Fragen aufzeigen: Was treibt und motiviert die Aktivist*innen der Letzten Generation zu ihren Aktionen, wie organisiert die Letzte Generation ihren Protest gegen Klimazerstörung und was möchte sie erreichen?

1 Die kollektive Deutung der politischen Situation durch die Bewegung der Klimaaktivist*innen

Die Letzte Generation ist Teil der sozialen Bewegung der Klimaaktivist*innen. Eine soziale Bewegung wird eine kollektive Akteurin genannt, der in aller Regel auf das Durchsetzen oder Verhindern gesellschaftlicher Veränderung zielt. Sie besteht aus individuellen Akteur*innen, die in unterschiedlicher Form und Intensität organisiert sind (vgl. Herbers/Zobel 2022). Sie entsteht, „wenn es in einem Staat zu inneren Widersprüchen kommt, welche eine wachsende Zahl von Betroffenen befürchten oder hoffen lassen, dass eine Katastrophe eintreten wird oder die unhaltbare Lage sich verbessern ließe“ (Ebert 2012: 60, nach Herbers/Zobel 2022).

„Soziale Bewegungen stellen einen Gegenentwurf zu formalisierten und institutionalisierten Systemen wie Parteien oder Organisationen dar. Eine Beteiligung ist hier auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität möglich“ (Herbers/ Zobel 2022).

Sie zeigen gemeinsamen Willen (Rucht/Neidhardt 2020: 975, nach Herbers/Zobel 2022), starkes Zusammengehörigkeitsgefühl (Rucht/Neidhardt 2020: 25, nach Herbers/ Zobel 2022) und teilen eine bestimmte kollektive Identität (Della Porta/ Diani 2020: 20, nach Herbers/Zobel 2022).

Die Klimagerechtigkeitsbewegung setzt sich aus vielen Gruppierungen zusammen, beispielsweise Fridays For Future, Ende Gelände, extinction rebellion oder Scientists for Future, um nur einige wenige zu nennen. 2021 ist dann die Letzte Generation dazu gekommen. Alle teilen die Einschätzung der Wissenschaft, dass die bisherigen Aktivitäten zum Klimaschutz überhaupt nicht ausreichen, um katastrophale Folgen zu vermeiden. Auch die Zielsetzung ist bei all diesen Gruppierungen in erster Linie deckungsgleich: Sie wollen die Öffentlichkeit und Politik zu aktivem Klimaschutz bewegen. Konsens der meisten Aktiven in der Klimabewegung ist, dass die Klimazerstörung aktiv verhindert werden muss. Dabei ist die optimistische Grundannahme, dass unser politisches System zum Umsteuern fähig ist. Die Forderung ist: Staatliche verfasste Politik muss der ständigen und irrsinnigen Verstärkung des Klimachaos endlich aktiv und entschieden entgegensteuern, dem Ernst der Lage angemessen ohne Augenwischereien und ohne Ablenkungsmanöver. Schließlich hat die staatliche Politik in den letzten beiden anderen großen Krisen – der Coronapandemie und dem Ukrainekrieg – Handlungsfähigkeit gezeigt und auch, dass sie bei unpopulären Maßnahmen die Bevölkerung mitnehmen kann.

Eine grundlegende diagnostische Rahmung der Klimabewegung ist es, dass die aktuelle Politik sowohl die Wissenschaft als auch das Grundgesetz missachtet. Damit eine solche Deutung zu einem gemeinsamen Willen, zur Basis für kollektive Handlungen und gar für kollektive Identitäten werden kann, müssen einige Faktoren zusammenkommen.

„Nach Smelsers Erklärungsmodell entsteht kollektives Verhalten dann, wenn die folgenden sechs Faktoren zusammenkommen (Smelser 1962: S. 14 ff. und 313 ff.):

1. Structural conduciveness (bestimmte Formen der gesellschaftlichen Veränderung erleichtern/ verhindern bestimmte Formen kollektiven Verhaltens)

2. Structural strains (bestimmte gesellschaftliche Faktoren werden von einem Kollektiv als Grund für Unbehagen, Unzufriedenheit, Spannungen, Problemen empfunden)
3. Growth and spread of generalized belief (bestimmte Akteur*innen wie Medien oder Führungspersonen verbreiten eine bestimmte Interpretation)
4. Precipitating factors (Schlüsselereignisse, aufgrund derer Menschen aktiv werden)
5. Mobilisation (Netzwerke und kollektive Akteur*innen, die Aktionspotenzial realisieren und Aktionen initiieren)
6. Operation of social control (neue und alternative Normsysteme, die Sympathisant*innen kontrollieren und für bestimmte Interpretationen von Ereignissen sorgen)“ (Herbers/ Zobel 2022).

Ohne dies zu vertiefen, scheint es doch, dass in der jüngeren Geschichte der Klimabewegung all diese Punkte zu finden sind. Kollektives Verhalten können wir bei einer groben Draufsicht für die Klimabewegung im Ganzen konstatieren.

Innerhalb der Klimabewegung gibt es aber durchaus verschiedene Konzepte und Ansätze, wie die gesellschaftliche Wirklichkeit beeinflusst werden soll. Die unterschiedlichen Auffassungen zeigen sich insbesondere in den Protestformen. Diese reichen vom regelkonformen Protest bis zur Inkaufnahme von Straftatbeständen wie Sachbeschädigung und Besetzungen von Firmengelände, etwa durch die Gruppierung Ende Gelände. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass Fridays for Future im heutigen öffentlichen Diskurs fast immer als regelhafte und dem Thema angemessene Protestbewegung benannt wird. Dabei ist FFF zu Beginn ihrer Proteste vor allem durch die Regelverletzung der Schüler*innen - das Fernbleibens vom Schulunterricht – heiß diskutiert und bekannt geworden.

Die Aktivitäten und Methoden der Gruppierungen unterscheiden sich, auch weil die Einschätzung der Gegner – namentlich der fossilen Industrie und der eng mit ihr verknüpften Politik – unterschiedlich ist. Doch bislang widersteht die Klimabewegung den andauernden Versuchen, die Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. So finden sich bei Veranstaltungen und Demonstrationen Vertreter*innen vieler Gruppierungen. Dieses weiterhin kollektive Verhalten beruht sicher auf der gemeinsamen kollektiven Deutung der Situation.

2 Die besondere kollektive Rahmung der Letzten Generation

Nicht anders als für die Klimagerechtigkeitsbewegung und sozialen Bewegungen allgemein gilt auch für eine spezifische Gruppe dieser Klimabewegung wie die Letzte Generation, dass sie erst einmal eine ähnliche Einschätzung der Wirklichkeit, Deutungen, eine Rahmung, braucht, um sich zu finden und zu definieren. Die Fachliteratur verwendet dafür den Begriff des Framings. „**Frames** sind also Deutungsrahmen, vor denen die Wirklichkeit interpretiert wird“ (Herbers/Zobel 2022). Damit ist die aktive

„...Produktion und Reproduktion kultureller Deutungsstrukturen“ gemeint, „mit denen soziale Bewegungen ihre Anhängerschaft mobilisieren“ (Kern 2008: S. 142)“. **Framing** bezieht sich auf intersubjektive Prozesse, durch die soziale Bewegungen ihre eigenen Mitglieder, aber auch die Öffentlichkeit von der Legitimität ihres Handelns überzeugen. ... Schließlich haben Frames die Funktion, Schuld zuzuweisen, alternative Zielvorstellungen zu vereinbaren und andere dazu zu bewegen, gemeinsam zu handeln.“ (Benford/Snow 2000: S. 615)“ (Herbers/Zobel 2022).

„In Anlehnung an Snow und Benford geht es erstens um *diagnostic frames*, also die Identifizierung von Problemlagen und den dazugehörigen Ursachen und Verantwortlichen (1988: 200). Darüber hinaus sollen zweitens *prognostic frames*, also vorgeschlagene Lösungswege (ebd.: 201), herausgearbeitet werden. Drittens müssen die *motivational frames* ermittelt werden (ebd.: 201 f.). Bei diesen handelt es

sich um „socially constructed vocabularies“, welche „compelling accounts for engaging in collective action and for sustaining their participation“ bereitstellen (Benford/Snow 2000: 617) und sich somit auf die Herstellung kollektiver Identität auswirken“ (Ruser 2020: 808).

Die über den Konsens der Klimabewegung hinausgehende Diagnosen der Letzten Generation lassen sich mit diesen unterschiedlichen Rahmungen ordnen und beschreiben. Anhand der Veröffentlichungen der Letzten Generation auf ihren Webseiten, einem von mir geführtem Interview mit einem Aktivistin und meiner teilnehmenden Beobachtungen in der Letzten Generation stelle ich die kollektive Situationswahrnehmung der Letzten Generation auf den drei angeführten Ebenen eines diagnostischen Rahmens (a), eines motivationalen Rahmens (b) und eines prognostischen Rahmens (c) dar.

(a) Die kollektive Deutung der Letzten Generation: Die Untätigkeit der Regierung gefährdet uns, wir müssen jetzt entschlossen handeln

Die Letzte Generation (LG) nimmt bei ihren Aktionen Sachbeschädigungen und Verhaftungen bewusst in Kauf, wie sich bei dem Besprühen von Gebäuden mit Farbe, dem Bewerfen von Bildern mit Kartoffelbrei oder dem Zerschneiden von Zäunen bei einer Flugplatzbesetzung zeigte. Die entscheidende, über den Konsens der Klimabewegung hinausgehende Deutung der LG ist, dass die bisherigen Aktionen, Protestgruppen und Protestformen keine oder viel zu wenig Wirkung gezeigt haben. Die Gesellschaft verharrt in der Klimazerstörung trotz einer 99,9% wissenschaftlichen Übereinstimmung, dass wir radikal umsteuern müssen (Club of Rome 2022; Intergovernmental Panel on Climate Change 2023). Dies wird etwa mit psychologischen Verdrängungsmechanismen (vgl. I: 114) erklärt. Da sich das politische System Deutschlands als unfähig erweist, mit einer Menschheitskrise verantwortungsvoll umzugehen, ist die Schlussfolgerung, dass radikaler friedlicher Protest notwendig geworden ist. Dieses kollektive Verständnis benennt mein Interviewpartner mehrfach:

„...ich hab' mir davor auch davor ganz genau Fridays for Future angeschaut und ich hab gesehen, dass da 1,8 Millionen Menschen auf der Straße sind und getan hat sich nix“ (I.: 16).

„Ich beobachte den ganzen Wahnsinn seit zwei Jahren durch Youtube-Videos, durch Kommentare. Da ist die Handlungsfähigkeit irgendwie stecken geblieben und ich glaube, dass die LG die Organisation ist, die mir die Handlungsfähigkeit zurückgibt. Und das vereint ja eigentlich alle“ (I.: 10).

Auch ein grundlegendes Unbehagen mit den neokapitalistischen Marktprinzipien, die gegenwärtig unserer Reaktionen auf die fortschreitende Klimazerstörung beherrschen und lähmen, ist erkennbar. Eine Studie von Oxfam verdeutlicht etwa, dass das reichste 1% der Weltbevölkerung für 15% der klimazerstörenden Gase verantwortlich ist. Das ist längst Allgemeingut (Oxfam 2020). Die LG rückt mit ihren Aktionen immer wieder extrem Reiche in den Fokus, etwa mit Sprühaktionen bei Luxusläden, auf Sylt oder Protesten bei Privatflughäfen.

Der Deutungsrahmen der LG lässt sich zusammenfassen mit der Ansicht, dass die Jüngeren (ingroup) den Folgen des unverantwortlichen Handelns älterer Entscheider (outgroup) ausgesetzt sind, wenn sich nicht umgehend etwas Entscheidendes verändert. Dazu müssen die Grenzen der politischen Willensbildung weiter gefasst werden:

„Ich bin auch daher zur Letzten Generation gekommen. Weil sie eben so krass sind, weil sie wirklich sagen „Leute, so geht es nicht mehr. Demonstrationen helfen nichts mehr“ (I.: 112).

Die Letzte Generation protestiert entsprechend der Prinzipien des gewaltfreien zivilen Widerstands

Mitglieder der Letzten Generation verstehen sich selbst als Akteur*innen oder Unterstützer*innen des zivilen Widerstands. Ziviler Widerstand beinhaltet, sich selbst, seinen Körper, der Gewalt anderer, meist des

Staates, auszusetzen und dies als Opfer für das gemeinsame Ziel zu sehen. Weltweit gibt es dafür zahlreiche, historische, aber auch aktuelle Beispiele: von den Protesten um Ghandi und King bis zu denen in Belarus und teils im Iran. Dieser Bezug wird bei der Präsentation auf jeder Kennenlernveranstaltung betont.

Auch wenn vor allem die Straßenblockaden und Kunstwerkebewürfe bekannt wurden, hat sich die LG mit viel mehr verschiedenen Aktionsformen an die Öffentlichkeit gewandt (vgl. Rucht 2023: 187ff). Alle Aktionen sind entsprechend den Prinzipien des zivilen Ungehorsams/Widerstands durchgeführt worden. Die Letzte Generation bekennt sich in ihren Medien deutlich zu dieser Aktionsform (vgl. Letzte Generation o.J.: Protestkonsens; Letzte Generation o.J.: Ziviler Widerstand). Es gibt klare Regeln für zivilen Ungehorsam bzw. zivilen Widerstand. Der Begriff des zivilen Widerstands wird allerdings eher für gewaltfreie Aktionen in undemokratischen Nationen verwendet (vgl. Kleger 2023; Volk/Grimm 2023) der des zivilen Ungehorsams für gewaltfreie Aktionen in demokratischen Nationen, deren Regeln man grundsätzlich akzeptiert. Da die LG die demokratischen Institutionen der BRD ausdrücklich respektiert (vgl. Letzte Generation o.J.: Verfassungsbruch), verwende ich hier in Folge den Begriff „Ziviler Ungehorsam“.

„*Definition* Wenn auch seine praktische Notwendigkeit und Angemessenheit strittig blieb, so war doch die Zivilität des Ungehorsams unbestritten. Er blieb innerhalb der Gewaltlosigkeit und war thematisch innovativ. Auf folgende *konsensfähige Definition* konnte man sich einigen:

- öffentlich verbunden mit einer Aufklärungsintention
- gewaltlos, besser friedlich
- gewissensbestimmt, besser moralisch-politisch begründbar
- gesetzwidrige, besser tatbestandliche Rechtsverletzung, für welche die Konsequenzen auf sich genommen werden“ (Kleger 2023: 2).

Einen ähnlichen Zugang hat auch Rucht in seiner Auflistung von Prinzipien zivilen Ungehorsams: „Ziviler Ungehorsam ist ein strikt gewaltfreier Bruch von Regeln bzw. Gesetzen. ... Zu seinen Voraussetzungen zählen üblicherweise

1. ein vorbereitendes gewaltfreies Training,
2. das Agieren in einer überschaubaren Bezugsgruppe,
3. ein defensives und deeskalatives Vorgehen,
4. die Offenlegung der eigenen personalen Identität,
5. die öffentliche und argumentativ gestützte Darlegung und Herleitung der Gründe für das regelverletzende Verhalten,
6. die erfolglose Ausschöpfung moderaterer Mittel der Einflussnahme und
7. die prinzipielle Anerkennung der Gesetzesbindung, die im Allgemeinen auch die Hinnahme von Sanktionen der Regelverletzung bedeutet“ (Rucht 2023: S. 191f).

Wer die Äußerungen, Argumentationen und die Aktionen der Letzten Generation verfolgt, kann nicht umhin, wieder und wieder den Bezug auf jedes einzelne dieser Prinzipien wahrzunehmen; sie sind ein wesentlicher Konsens der Gruppe:

1. ein vorbereitendes Training der Gewaltfreiheit (vgl. Letzte Generation o.J.: Trainings)
2. das Agieren in einer überschaubaren Bezugsgruppe (vgl. Letzte Generation o.J.: wig)
3. ein defensives und deeskalierendes Vorgehen (vgl. Letzte Generation o.J.: Protestkonsens)
4. die Offenlegung der eigenen personalen Identität (vgl. Letzte Generation o.J.: Protestkonsens)
5. die öffentliche Darlegung und Herleitung der Gründe für die Regelverletzung (vgl. Letzte Generation o.J.: Verfassungsbruch)
6. das erfolglose Ausschöpfen moderaterer Mittel zur Einflussnahme (vgl. Letzte Generation o.J.: Wer wir sind)

7. die prinzipielle Anerkennung der Gesetze und Hinnahme von Sanktionen (vgl. Letzte Generation o.J.: Protestkonsens).

Diese Grundhaltung erklärt einen gewissen Widerspruch in den Aktivitäten der LG: Das eklatante Versagen der Institutionen wird zwar konstatiert, aber gleichzeitig zeichnet sich die LG durch ein starkes Bauen auf demokratische Institutionen aus, ein Vertrauen in die Demokratie, die doch gerade bei der Treibhausgasreduktion ihr Versagen zeigt. Der zivile Ungehorsam hält diese Spannung dadurch, dass mit dem eigenen Opfer die Demokratie zur Erkenntnis ihrer Aufgaben gebracht werden soll. Die Opferbereitschaft als Prinzip des zivilen Ungehorsams will ich im Zusammenhang mit der Gruppenbildung und den dazugehörigen Aspekten des motivational Framings darstellen und reflektieren.

(b) Motivationaler Rahmen: Für zivilen Widerstand muss ich Opfer bringen

Identifikation und Gruppe sind relevant, für kulturell orientierte Bewegungen sogar zentral, für machtorientierte Gruppen aber auch notwendig.

„Die Gruppe bzw. soziale Bewegung muss über ein subjektives Wir-Gefühl und Gemeinsamkeiten verfügen ebenso wie über Formen von gemeinsamem Handeln, das beispielsweise durch die Organisation als Bewegung stabilisiert. Durch das Agieren als Bewegung wird die kollektive Identität hergestellt, die sich gleichzeitig von einem Außen abgrenzt, beispielsweise durch die Betonung eines „Wir“ und einer Zuschreibung des Außen als „die Anderen“ (Rucht 1995: S. 9 f.). Rucht (1995, S. 11) identifiziert drei Bedingungen für das Entstehen einer kollektiven Identität einer sozialen Bewegung:

1. eine Situation, die als untragbar oder ungerecht empfunden wird,
2. das Entstehen einer Gruppe, die diese Situation gemeinsam deutet und verändern möchte,
3. die Möglichkeiten einer Mobilisierung als Bewegung über einen bestimmten Zeitraum, der durch externe Gelegenheitsstrukturen ermöglicht wird“ (Herbers & Zobel 2022).

Ein solches Identifikationsangebot der Letzten Generation wird auf ihrer Website deutlich:

„Hast du auch eine Scheißangst, alles zu verlieren, wenn das Klima weiter destabilisiert wird? (...) Wir haben einen Plan zivilen Widerstands, der hohe Opferbereitschaft erfordert, doch eine Chance hat, zu funktionieren. Hör ihn dir an!“ (Letzte Generation o.J.: Vorträge)

Ähnlich auch eine Erklärung des internationalen Netzwerks A22, in dem die LG Mitglied ist, vom April 2022:

„Die alte Welt liegt im Sterben. Wir befinden uns in der letzten Stunde, in der dunkelsten Stunde. Diese Welt wird vor unseren Augen vernichtet. Wir befinden uns in einem Zwischenstadium. Was wir jetzt tun, entscheidet über das Schicksal dieser und der nächsten Welt. Also entscheiden wir uns. Wenn wir uns entscheiden, geben wir uns nicht länger unseren Ängsten, unserer Verzweiflung und unserem Ärger hin. Wir stellen uns selbst zurück. Gemeinsam, in Gemeinschaft, ergreifen wir ein höheres Ziel“ (A22 Netzwerk o.J.: Erklärung).

Es ist kein Wunder, dass diejenigen, die die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließen, große Zukunftsängste haben. Diese können eine Person lähmen. Mit den Aktivitäten des zivilen Ungehorsams wird denen, die offenen Auges durch die Welt geht, eine Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit angeboten. Ausgangspunkt ist der Glaube, durch das eigene Opfer Menschen aufzurütteln zu können. Zum einen ist dadurch eine moralische Rechtfertigung möglich, so dass Aktivist*innen der nächsten Generation sagen können: „Ich habe wirklich alles getan, was ich konnte“. Zum anderen ist das Gefühl der Lähmung aufgehoben. Beides zusammen scheint die hohe Opferbereitschaft zu begünstigen. Und hoch sind die Opfer:

„Ich habe mein Studium aufgegeben dafür (...). Ich persönlich habe die Kosten und die Prozesse, die auf mich zukommen werden. Das ist psychisch eine krasse Belastung, das sollte man mal nennen. Ich werde angefeindet – in meinem sozialen Feld zum Glück nicht, auch wenn es Menschen gibt, die sich von mir abwenden“ (I.:20).

„Was wirklich belastend ist beim langfristigem Aktivismus, sind die Folgen der Repressalien. Es ist nicht schön, Strafbefehle zu öffnen und jeden Morgen den Briefkasten aufzumachen und nachzuschauen, ob da Post ist. Das ist echt belastend“ (I.:30).

„Mir wurde auch selbst oft ins Gesicht geschlagen. Das passiert, das ist nicht schön. Ich persönlich habe das gut wegstecken können, aber ich weiß, dass es anderen Menschen damit anders geht. Das muss jede Person für sich selbst wissen, wie weit man das so tragen kann und wann man eine Pause braucht“ (I.: 32).

Das eigene Opfer wird etwa auf der Auftaktveranstaltung der Frühjahrskampagne durch drei Aktivist*innen betont, und genau dafür wurden sie von der Versammlung gefeiert. Die erste sprach über das Aufgeben ihres Studiums für den Protest und dass sie Weihnachten nicht bei Familie, Silvester nicht bei Freunden war, sondern im Gefängnis. Sie betonte, sie habe entschieden, diesen Preis angesichts des Anliegens Klimakatastrophe zu zahlen. Dafür erhielt sie sehr starken Beifall, grade für die emotionalen Teile, es gab auch Tränen. Auch beim nächsten Sprecher war die Rede von Gefühlen und Emotionen: Wut, Trauer, Opferbereitschaft. Aber er sprach auch über die Konfrontation als Grundlage für einen Diskurs. Die dritte Aktivistin, eine ältere Frau, erklärte, der Altersunterschied und der implizite und explizite Vorwurf an ihre Generation, versagt zu haben, habe sie lange gehindert, mitzumachen. Aber Demos seien ihr zu brav (Beifall). Sie habe sich schon anders engagiert, gegen Frauendiskriminierung, gegen Rassismus. Aber würden diese Kämpfe nicht obsolet, wenn immer stärkere und häufigere Krisen durch das Klima entstünden? Auf der Ebene der Emotionen ging es bei ihr um den Wandel von Wut zu Mut, den könne man trainieren wie einen Muskel. Auch dafür gab es starken Beifall (Beobachtung 19.4.23).

Eine Formierung als Gruppe wird durch die massive Kriminalisierung der LG, mit der einige der Verantwortlichen reagieren, einerseits erleichtert, denn der äußere Druck schweißt zusammen. Andererseits steht jeder engere Kontakt mit anderen, vorher unbekanntenen Personen unter dem Verdacht der Bespitzelung, da die Orte der Aktionen vorher nicht bekannt sein dürfen. Daher ist der Aufbau von Vertrauen andererseits erschwert.

Es zeigt sich eine starke Zustimmung zu den aufopfernden Aktionen (Aufgeben des Studiums, Strafvollzug auf sich nehmen) und zum Kollektiv. Die Gemeinschaft wird genossen und ist sichtlich ein Teil des persönlichen Nutzens, den die Aktivist*innen aus der Beteiligung am Protest ziehen.

Die Betonung des Opfers hat für mich religiöse Anklänge, und einige Akteur*innen haben auch einen religiösen Bezug. Die wöchentlichen öffentlichen Veranstaltungen finden in Kirchen statt. Die Organisator*innen benennen auf der Website Gruppen, bei denen sie ein besonderes Interesse an einer Zusammenarbeit haben: Aufgelistet werden zuerst Arbeiter*innen oder Sozialverbände und Gewerkschaften, dann kommen die Kirchen, Kunst und Kultur, Polizei sowie Bildungswesen, alle noch vor der Klimagerechtigkeitsbewegung (Letzte Generation o.J.: Vernetzung).

Das Opfer hat auch die Funktion, den Diskurs anzuregen. Die Personalien werden mit Absicht, auch ohne Not preisgegeben. So berichtete mir eine Aktivist*in, dass sie nach dem Besprühen der Fassaden von Luxusgeschäften mehrere Minuten auf die Polizei warten mussten, damit diese ihre Personalien aufnehmen könne bzw. sie in Gewahrsam nehmen könne (Beobachtung 22.4.23). Indem die Handlungen also aktiv der Gerichtsbarkeit zugeführt werden, tritt man nicht oberlehrerhaft auf. Die Gerichte entscheiden (für die

Gesellschaft mit), inwieweit die Protesthandlungen strafbar sind oder aber dem Gemeinwohl verpflichtet sind:

„In etwa so: Ich habe eine Überzeugung, bin bereit, dafür Regelverletzungen zu begehen, und auch der Überzeugung, dass diese Regelverletzungen vor dem Hintergrund der Situation, in der wir uns befinden, adäquat sind und im besten Sinne demokratische Akte darstellen – aber entscheidet ihr! Man tritt dabei aus der Haltung der moralischen Überlegenheit heraus und stellt seine Ansichten zur Diskussion. Man akzeptiert die Strafe, in dem Sinne als dass sie eine Unterbrechung in den eigenen Aktivismus einbaut, welche der demokratischen Öffentlichkeit Raum für Diskussion gibt; man erkennt die Deutungs- und Interpretationsoffenheit der Situation an und zeigt bereits durch den Gestus selbst an, dass man sich auf dieses Wagnis einlässt“ (Volk/Grimm 2023: 303).

Und damit komme ich zu meiner Befürchtung. Die Kerngruppe gibt aus, wann und in welcher Intensität Proteste geschehen sollen, etwa bei den Protestwochen in Berlin oder der Aktion „100 für Bayern“, einem Bundesland, das auf besonders drastischen Umgang mit Klimaaktivist*innen setzt, um rechte Wähler zu befriedigen. Aktivist*innen, die sich der Strafverfolgung aussetzen, tun dies freiwillig und bewusst, das Risiko wird nicht verschleiert. Dennoch: Manche der überwiegend jungen Aktivist*innen brechen für die Aktionen ihre Studien und Ausbildungen ab, wegen der Geldstrafen verschulden sich manche. Einige gehen in die Privatinsolvenz (das kann, mit der Pfändung, durchaus 4-6 Jahre dauern, vgl. Privatinsolvenz o.J.). Manche verbüßen Gefängnisaufenthalte, bei manchen dürften Vorstrafen in das Führungszeugnis eingetragen werden.

Auch wenn Aktivist*innen sich nicht als „Helden“ verstehen (vgl. I.: 24): Diesen staatlichen Sanktionen steht gegenwärtig ein positiver Status entgegen, den Personen mit hoher Opferbereitschaft in der Gruppe der LG haben. Solche Gruppenprozesse sind für eine Verortung auch nötig. Doch gerade, wenn überwiegend in LG-Kreisen agiert wird, kann eine Gruppendynamik, kann die Anerkennung für extreme Aktionen blind für das Außen machen oder zumindest einiges aus dem Blickfeld schieben: die langfristigen strafrechtlichen Konsequenzen, die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Aktion oder den Entscheidungen der Kerngruppe.

Gegenwärtig gibt es ein umfangreiches, emotional stärkendes Unterstützungssystem (siehe unten). Doch Einzelne können an den Folgen der staatlichen Sanktionen sehr lange zu tragen haben. Wird die Bindung in der Gruppe und die emotionale Unterstützung auch noch in 3, in 6 Jahren funktionieren? Von solchen Überlegungen habe ich bei den Aktivist*innen nichts gehört. Ich sehe an der Stelle die Jugend vieler Aktivist*innen als Nachteil, weil ein Denken und Planen über solche Zeiträume eher noch nicht eingeübt ist. Ich vermute, der langfristige Umgang mit Sanktionen wird in eine Zukunft abgeschoben, die entweder vom Chaos fortgesetzter Klimakatastrophen bestimmt ist oder aber eine Zukunft, in der eine „geläuterte“ Regierung wirksame Klimapolitik betreibt und der Staat die Sanktionen zurücknimmt. Und da sind mir die Mitglieder der Kerngruppe dann doch etwas unheimlich, weil sie nicht nur selber hohe Opfer bringen, sondern auch teils sehr junge Leute zu einem Opfer anregen, zu Handlungen, die wichtige Weichen für ihre Zukunft stellen könnten (Privatinsolvenz, Vorstrafen, emotionale Lasten). Ein Opfer, das manche möglicherweise noch nicht übersehen können, und das nicht unbedingt zum Erfolg führt.

(c) Ein perspektivischer Rahmen? Zukunftsperspektiven sind Illusionen!

Die Theorie geht von einem gemeinsamen „Prognostic frame“ als Basis für die Gruppenbildung in sozialen Bewegungen aus (vgl. Ruser 2020: 808). Bei der Letzten Generation gibt es jedoch keine über die unmittelbare Zukunft hinausgehende Prognose außer der einer drohenden Klimakatastrophe, keine Utopie, wenig Hoffnung. Sie baut gleichzeitig auf die gesellschaftlichen Institutionen und stellt keine radikalen Forderungen.

Über das „Wie“ eines engagierten Klimaschutzplans diskutiert die LG nicht. Das könnte mehrere Gründe haben:

- Das haben schon Wissenschaftler*innen getan, deren Expertise ja ausdrücklich anerkannt wird.
- Das, was getan werden müsste, um die 1,5 Gradziele einzuhalten, wird mit jedem Tag extremer und ist kaum noch vermittelbar.
- Die Hoffnung auf Umsetzung ist nicht so groß; ein häufiger gehörtes Argument ist, dass man seinen Kindern wenigstens sagen kann, dass man versucht hat, die Katastrophe zu verhindern. Manche gehen also gar nicht vom Erfolg des Protestes aus.

Das Fehlen eines positiven Zukunftsbildes unterscheidet die LG von sehr vielen bisherigen sozialen Bewegungen, die von starken utopischen Momenten zusammengehalten wurden, ja Zukunftsbilder geradezu als Entstehungsmoment hatten („I have a dream“). Die Angst vor Atomkrieg und Atomkraft der Bewegung gegen Atomkraft und atomare Bewaffnung etwa war begleitet von alternativen Lebensentwürfen. Am ehesten ist noch die No-Future-Parole des Punks der aktuellen Klimabewegung vergleichbar, die ja von einer gestohlenen Zukunft spricht. Eine bekannte FFF-Parole lautet: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“. Das Aufgeben der persönlichen Zukunftsplanung, das von vielen engagierten LG-Mitgliedern benannt wird, macht den Prognostic Frame der LG deutlich: Jetzt entscheidet sich, ob alles oder nichts.

Zur Rahmung, zum Framing der Letzten Generation lässt sich also zusammenfassen, dass bei der LG die Dringlichkeit von Klimaschutz anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse gedeutet wird. Da es die Zukunftsperspektive ist, dass die Erde durch Aktionen jetzt oder nie gerettet werden kann, ergibt sich auch daraus die starke Motivation und Opferbereitschaft.

3 Umsetzung der Prinzipien des zivilen Ungehorsams in der Letzten Generation

Niedrigschwelligkeit

Für eine Intensivierung gewaltfreier Proteste braucht es eine wachsende Bewegung, die schließlich eine unignorierbare Störung des Alltags erreichen kann. Aufbauend auf Mark und Paul Englers Konzept „This is an uprising“ (2016) formuliert die Letzte Generation:

„Gewaltfreie Störung, Opferbereitschaft und Intensivierung der Proteste sind die drei Zutaten, die es immer gebraucht hat und weiterhin braucht, um zu gewinnen. Lässt du eine weg, kannst du es bleiben lassen“ (Letzte Generation o.J.: Plan).

Offenheit und Niedrigschwelligkeit sind für eine Gruppe, die auf zivilen Ungehorsam setzt, dann eine logische Konsequenz. Die Offenheit gegenüber jeglichen Interessierten entsteht durch Personen, aber sie ist bei der LG strukturell stark verankert. Bei allen öffentlichen Veranstaltungen, z.B. bei der Eröffnungsveranstaltung der Aktionswochen (Beobachtung 19.4.23), den Blockaden, Protestmärschen und Demonstrationen tragen eine ganze Reihe von Aktivist*innen Namensaufkleber, auf denen unter dem Vornamen steht: „Du kannst mich alles fragen“. Dies symbolisiert nicht nur Offenheit, das Angebot wird tatsächlich häufig genutzt. Diese Personen werden immer wieder angesprochen. Dies trägt zu einem offenen, zugewandten Klima bei.

Die LG setzt sehr stark auf offene Formate. Dies wird erkennbar an der gezielten Öffentlichkeitsarbeit für Personen, die für das Thema Klimaaktivismus ansprechbar sind. Da sind zum einen die auf vielen Kanälen beworbenen, immer wieder stattfindenden Kennenlernveranstaltungen. Gerade in den Phasen, in denen wenig öffentliche Aktionen stattfinden, gibt es explizite Werbeveranstaltungen zum Kennenlernen, die im Umfeld der Örtlichkeit mit Handzetteln und Plakaten bekannt gemacht werden und auf verschiedenen

Medien leicht zu finden sind, z.B. <https://letztegeneration.org/vortraege/>. Bei den Kennenlernveranstaltungen werden zuerst kurz die Fakten zur Erderhitzung angeführt. Zur Rechtfertigung der Aktionsformen der LG wird sich dann auf die bekanntesten Aktivisten des zivilen Ungehorsams / zivilen Widerstands M. Ghandi und M.L. King berufen. Es folgt eine Diskussions- und Nachfragerunde.

Im Nachgang zu einer solchen Veranstaltung werden Listen verteilt, wer mehr möchte, trägt sich ein, wird angerufen, Menschen, die keinen zivilen Ungehorsam ausüben wollen, werden ebenso willkommen geheißen. Es wird deutlich, dass für die LG viele Aktivitäten nötig sind, eine Beteiligung ist je nach Fähigkeit und Engagement möglich (Beobachtung 17.8.22). Das ist niedrigschwellige Bildungs- und Aktivierungsarbeit im besten Sinne. Aber auch in den Aktionswochen finden regelmäßig wiederkehrende Brunchveranstaltungen, vornehmlich in kirchlichen Räumen, statt. Diese dienen vor allem der Sichtbarkeit und der Vernetzung der Aktivist*innen untereinander. Die Brunchs sind aber für bislang nicht Aktive und Presse zugänglich, und für beide Gruppen gibt es auch ausdrückliche Ansprache und Angebote. Sie dienen also auch der Werbung und der öffentlichen Sichtbarkeit.

Im Frühjahr 2023 wurden als neue Protestform Protestmärsche ausprobiert und eingeführt, mit dem expliziten Ziel, eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Beteiligung anzubieten. Die Teilnahme kann, wenn überhaupt, als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann und doch werden bei dieser unangemeldeten Demonstration die Grenzen des Erlaubten bewusst überschritten. Demonstrationen würden auf den gewählten Routen in der Regel nicht genehmigt, es sind große Verkehrsachsen, es geht eben auch um Störung und größtmögliche Sichtbarkeit. Da die Polizei über die Märsche informiert ist, ist sie vor Ort und löst entweder die Versammlung auf oder begleitet den Marsch, letzteres meist dann, wenn eine Gruppe deutlich über 50 Personen zusammengekommen ist. Protestmärsche sind anschlussfähiger, sowohl für potentielle Teilnehmer*innen als auch für die betroffenen Bürger und die Medien:

„Der Protestmarsch könnte den Faktor *Konfrontation* verringern, was zu mehr Anschlussfähigkeit der Proteste führen kann. Die Anschlussfähigkeit der Protestform darf allerdings nicht dazu führen, dass wir ignorierbar werden. Das wird passieren, wenn der Protest den Alltag nicht genügend unterbricht.“ (Letzte Generation o.J.: Protestmarsch)

Ziel der Protestmärsche ist eine möglichst breite Solidarisierung in der Gesellschaft: Sie können das

„...Potenzial bieten, dass unsere Proteste noch mehr zum gesellschaftlichen Ereignis werden können (Menschen können einfach dazukommen, dabei oder daneben ihre Unterstützung ausdrücken) → Möglichkeit der Solidarisierung für und Vernetzung mit unterschiedliche Gruppen und Bewegungen“ (Letzte Generation o.J.: Protestmarsch).

„Genauso wie Protestmärsche eine Form sind, um anschlussfähiger zu sein, dass Menschen, die nicht bereit sind, sich dieser Gewalt auszusetzen, auf die Straße gehen und protestieren, also auch ziviler Ungehorsam, auch da einen Weg finden, wie sie entsprechend agieren können. (..) Wir sind keine geschlossene Gruppe, sondern Ziel ist es, dass wir irgendwann als Gesellschaft es schaffen, uns dagegen zu stellen“ (l.: 110).

Auch der Begriff Protestmarsch wurde überlegt gewählt, er drückt aus, worum es hier geht:

„Wenn wir auf die Straße kommen geht man mit entschlossenem Schritt (leicht verlangsamtes Gehtempo, nicht rennen, nicht schleichen) die Straße entlang. Ziel ist es ab jetzt, *so lange wie möglich zu marschieren*. Die Haltung, die ich einnehme, ist: *Ich will meinen Protest gegen die Weltvernichtung kundtun, indem ich jetzt hier langgehe, wo es stört, damit niemand meinen Protest übersehen kann. Das hier ist eine würdevolle Besetzung der Straße*“ (Letzte Generation o.J.: Protestmarsch).

Und so wurden nach der Meldung von extremen Gerichtsurteilen in Süddeutschland in mehreren Orten Protestmärsche durchgeführt, einige in Berlin mit mehreren tausend Teilnehmer*innen (Beobachtungen 26.5.23, 31.5.23). Hier zeigten viele eine Solidarität, die sich bislang nicht gezeigt hatten. Hier ging auch die Annahme auf, dass große Opfer dem Wachstum der Bewegung dienen.

Die interne Funktion der wenig radikalen politischen Forderungen

Die Letzte Generation stellt überhaupt keine radikalen Forderungen. Ihre Forderungen sind immer komplett mehrheitsfähig und von der Verfassung, Gesetzgebung oder internationalen Verträgen her vorgeschrieben. Dies hat intern die Wirkung, dass inhaltlich eigentlich keinerlei Dissens oder Diskussion über das Ziel der Aktionen entsteht. Für Klimaaktivist*innen sind die Forderungen der LG selbstverständlich, niemand muss überlegen, ob sie sinnvoll sind. Die Notwendigkeit von sehr grundlegenden Veränderungen ist den Aktivist*innen aber durchaus bewusst, nur deshalb ändern sie ja ihre Lebenspläne so radikal. Und die Kritik an reichen Emittenten von Treibhausgasen (Aktionen vor Luxusläden, Privatflughäfen, auf Sylt) hat durchaus das Potential einer Systemfrage. Die Forderungen werden nur als Einstieg verstanden, nach deren Umsetzung es weitere Schritte geben muss. Somit sind die wenig radikalen politischen Forderungen nicht nur ein Prinzip des zivilen Ungehorsams. Sie sind niedrigschwellig und bieten so die Möglichkeit einer schnellen Konsensbildung und damit eines leichteren Wachstums der Gruppe.

Diversity-Offenheit

Es wird darauf geachtet, dass bei öffentlichen Veranstaltungen Vertreter*innen verschiedener in der Gesellschaft wenig repräsentierter Personengruppen sprechen, etwa vermehrt Frauen, Personen mit Einschränkungen oder nichtdeutscher Herkunft (Beobachtungen 19.4.23, 23.4.23). Auch bei den Plakattragenden in der ersten Reihe bei Protestmärschen, Demonstrationen und Aktionen wird auf Vielfalt und einen hohen Frauenanteil geachtet (Beobachtungen 27.4.23, 23.4.23). Diese Diversity-Offenheit verstehe ich als eine aktuelle Vertiefung der zu zivilem Ungehorsam dazugehörigen Offenheit und Niedrigschwelligkeit.

Die Letzte Generation ist sich aber auch bewusst, dass sie eine weiß dominierte Bewegung ist und dass es vieler Privilegien bedarf, um den Preis für zivilen Ungehorsam in einem erträglichen Maß halten zu können. Menschen ohne deutschen oder europäischen Pass haben etwa viel größere Schwierigkeiten bei einer möglichen Strafverfolgung, Menschen anderer Hautfarbe müssen oft schon in ihrem Alltag Abwertung, Beleidigung und Gewalt und Polizeigewalt aushalten und sind diesem bei Protestaktionen erneut und vermehrt ausgesetzt (Beobachtung 17.8.23). Die LG versucht, dem etwas entgegenzusetzen mit Seminaren zu Antirassismus, Awarenesskonzepten und vermehrter Sichtbarkeit vieler Personengruppen. Dies zielt vor allem darauf, dass LG-Aktivist*innen keine (auch unbewusste) rassistische Ausgrenzungen produzieren wollen, sondern ein Raum geschaffen wird, in dem sich Menschen jeglicher Herkunft willkommen fühlen. Bei einem Austausch zum Thema (Beobachtung 17.8.23) wurden weitere Vorschläge zu diesem Ziel gesammelt: diskutiert wurden eine Unterstützung von Initiativen aus dem globalen Süden durch Finanzen oder einen Tag der Überlassung der eigenen Social-Media-Accounts; das Achten darauf, dass Protesttermine anderer, kleinerer Gruppen nicht von eigenen überlagert werden und die Einladung von BIPOC Aktivist*innen auf Veranstaltungen.

Achtsamkeit für Gefühle

Einer möglichst breiten Ansprache von Aktivist*innen dient auch eine hohe Achtsamkeit für Gefühle, diese ist ein auffälliges Merkmal bei der LG. Es ist eine tiefgreifende Care-Haltung: Die Organisation/Gruppe will sich um die emotionale Stabilität ihrer Aktivist*innen von Anfang an kümmern. Aktivist*innen haben mit sehr vielen verschiedenen Gefühlen zu tun: mit der durch den Verfassungsbruch der Regierung induzierten

Zukunftsangst, der Angst vor und das Ausgeliefertsein an (mögliche) Attacken bei den gewaltfreien Aktionen, mit einer Beherrschung möglicherweise aufkommender Wut, mit dem Ausgeliefertsein und dem Kontrollverlust in den Händen der Polizei, mit Angst vor den gerichtlichen Beschlüssen, die viele Lebensperspektiven verbauen dürften (z.B. Privatinsolvenzen in Folge von Strafzahlungen, versperrte Wege in den öffentlichen Dienst bei gerichtlichen Definitionen von Handlungen und Aktionen als Straftaten).

Um all diese komplexen Gefühle zu bewältigen oder gar verarbeiten zu können, ist es sehr wichtig, dass sich die Aktivist*innen in ihrer Organisation aufgehoben und sicher fühlen. Die LG hat zum Umgang mit solchen schwierigen Emotionen z.B. in die Aktionsdurchführung ein Briefing eingebaut, es gibt ein check-in vor und ein check-out in der Bezugsgruppe nach jeder Aktion. Dabei äußert sich jede Person zu ihrem Befinden (vgl. I.: 14). In den Aktionswochen gibt es regelmäßige öffentliche Brunchveranstaltungen, die auch der Selbstvergewisserung und Erholung dienen. Es wird explizit zu Pausen vom Aktionismus aufgerufen und dazu, sich in dieser Zeit zu erholen, es werden Entspannungsübungen angeboten. Weitere institutionalisierte Formen für den Umgang mit Gefühlen sind: gemeinsames Essen in einer Küche für alle (KüfA), ein Team zum emotionalen Support für Aktivist*innen, in dem Psychologists for Future mitarbeiten und ein Awarenesssteam als Ansprechstation für interne Spannungen bis hin zu Diskriminierungen. Im Einzelnen:

Küche für alle

In den Frühjahrsaktionswochen in Berlin gab es einen Rückzugsort, die Küche für alle (KüfA) in Räumlichkeiten, die beim sozialen/künstlerischen Projektzentrum Moosbachstraße angemietet wurden. Die Küche für alle befand sich in einer Lagerhalle mit angrenzenden Räumen, aber auch der Vorhof und Innenhof des alten Fabrikgeländes wurden bei gutem Wetter als ein Rückzugs- und Sammelort nach Aktionen genutzt. Es gab eine klare Anweisung, dass diese kein Verabredungsort sein dürfen, von dem aus Aktionen gestartet würden. Dass eine Gruppe einmal von dort aus zu einer Klebeaktion losging, nutzte die Polizei umgehend dazu, eine Durchsuchung des Geländes durchzuführen. Die KüfA hat nach meiner Beobachtung eine wichtige Rolle: Sie ist der Rückzugsort, an dem sich die LG als sich selbst wiederfindet, man sich kennenlernt, austauscht und reflektiert. Dies ist wesentlich für die Identitätsfindung als Gruppe, die ja für soziale Bewegungen von großer Bedeutung ist.

Emotionaler Support

Der emotionale Support befasst sich mit emotionalen Krisen durch äußere Einflüsse wie Gewalt von Bürgern oder Polizei, aber auch mit individuellen persönlichen Krisen. In der Gruppe des emotionalen Supports sind Fachleute von den „Psychologists for Future“ vertreten. Der emotionale Support ist ein Angebot der Letzten Generation, das jederzeit genutzt werden kann. Es gibt Telefonnummern und andere Kontaktmöglichkeiten. Mitglieder der Gruppe des emotionalen Supports versuchen zudem, insbesondere in oder nach kritischen Situationen als Ansprechpartner bei den Aktivist*innen zu sein. Dies sind zum einen Aktionen, bei denen Aktivist*innen angefeindet werden, nach der Freilassung aus der Ingewahrsamnahme bzw. Gefangenschaft. Auch als Hausdurchsuchungen bei Aktivist*innen bekannt wurden (infolge der absurden Behauptung bayrischer Behörden, die Letzte Generation sei eine kriminelle Vereinigung), teilten sich die Mitglieder des emotionalen Supports sofort auf die unterstützenden Personen auf. Diese werden angesprochen. Erst einmal geht es darum, mit den Aktivist*innen ins Gespräch zu kommen, das kann zuerst einmal ganz allgemein sein. In der Folge kann die betroffene Person sich über ihren gegenwärtigen Zustand bewusst werden und darüber reflektieren. Es werden Angebote zur weiteren emotionalen Begleitung gemacht.

Awarenessteam

Die Aktivist*innen der LG sind sehr unterschiedlich und dies soll ja gefördert werden. Konflikte tauchen bei längerer Zusammenarbeit zwangsläufig auf, sowohl in den Bezugsgruppen, die aus ganz Deutschland

angereist häufig zu mehreren in einer Unterkunft sind, bei den Aktionen oder im gemeinsamen Rückzugsort der Küche für alle. Bei den Frühjahrsaktionstagen in Berlin formierte sich daher ein Awarenesssteam – das Konzept hatte zuerst extinction rebellion von Festivals, Clubs und Großveranstaltungen übernommen.

Das Awarenesssteam befasst sich mit dem Umgang der Aktiven untereinander. Es dient als interne Ansprechstation für Personen, die sich mit anderen Aktiv*istinnen unwohl fühlen, abgewertet, beleidigt, bedrängt oder belästigt werden. Das Awarenesssteam will zuerst die Betroffenen stärken, indem es zuhört und ihnen ggfs. einen Rückzugs- oder Schutzraum (safe space) schafft. In der Folge kann dann das Problem bearbeitet werden, etwa in sharing circles mit anderen Betroffenen. Zudem sind auch Umgangsweisen mit dem Problem und den Personen zu entwickeln, die Grenzen überschritten haben. Hier reicht die Spanne von Konfliktmoderationen bis hin zu Sanktionsvorschlägen an die Kerngruppe.

Allein die Sichtbarkeit von Awarenesspersonen erhöht natürlich die Aufmerksamkeit für einen achtsamen Umgang miteinander und gibt Personen, die öfter Anfeindungen ausgesetzt sind, die Sicherheit, dass die Veranstalter*innen sie ggfs. nicht alleine lassen. Interne Konflikte haben eine Adresse. Mit einigen Personen konnte erreicht werden, dass sie Konflikte bewältigten und sich gestärkt dem politischen Engagement widmen konnten.

4. Zur Finanzierungs- und Leitungsform

Finanzierung von außen als Basis, Voraussetzung und Angriffspunkt

Mit dem Ansatz der Ressourcenmobilisierung thematisieren Herbers und Zobel (2022) unter Bezugnahme auf Opp (1998: 91ff), dass auch finanzielle Ressourcen relevant für eine Soziale Bewegung sind:

„Voraussetzung für das Entstehen einer sozialen Bewegung sei, dass sie ein gesellschaftliches Problem benennt, Personen zur Beteiligung motiviert und notwendige finanzielle Ressourcen habe.“
(Herbers/Zobel 2022)

„Die Grundannahme ist also, dass für die Entstehung sozialer Bewegungen ebenso wie für deren Erfolg bestimmte **Ressourcen** erforderlich sind: beispielsweise die Motivation weiterer Personen zur Teilnahme, eine bestehende Infrastruktur, Finanzmittel, aber auch die Möglichkeit der Benennung und Thematisierung des Problems, Glaubwürdigkeit und Vertrauen ebenso wie Allianzen mit anderen Akteur*innen (Opp 1998: S. 95). Soziale Bewegungen werden aus dieser Perspektive als strategisch handelnde Kollektivakteure verstanden, die bewusst Mittel erlangen wollen, die zur Erreichung bestimmter politischer Ziele nötig sind (McCarthy/ Zald 1977: S. 1217 f.)“ (Herbers/Zobel 2022).

Jede handelnde Bewegung hat in einer kapitalistischen Welt zwangsläufig Kosten. Die Arbeit im Hintergrund etwa umfasst viel mehr Zeit als die Aktionen selbst (vgl. I.: 33f). Entstehende Kosten für Reisen, Materialien, Räumlichkeiten werden häufig und idealerweise von den Aktiven selbst oder Unterstützer*innen erbracht bzw. umverteilt.

Die Aktivist*innen der LG werden finanziell durch Spenden von Bürger*innen unterstützt. Einen wichtigen Teil der Gelder gibt aber die US-amerikanische Stiftung climateemergencyfund.org. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt:

“We support the brave activists waking up the public to the climate emergency. We raise funds for and make grants to the disruptive nonviolent climate movement.” (Climate Emergency Fund o. J.)



(foto: mainpage climateemergencyfund.org)

Die Letzte Generation legt die Finanzierung durch die Stiftung offen:

„Die Letzte Generation erhält einen Großteil der Mittel für Recruitment, Training und Weiterbildung aus dem [Climate Emergency Fund](#). Seit April 2022 ist sie Teil eines internationalen Netzwerks ziviler Widerstandsprojekte. Es nennt sich das [A22 Network](#).“ (Letzte Generation o.J.: Wer wir sind).

Die eingeworbenen Gelder werden ausgegeben für Mittel und Materialien für die öffentlichen Aktionen. Es werden Plakate und Westen und ähnliche Materialien von der Letzten Generation bereitgestellt und bei Aktionen an Aktivist*innen verteilt. Ein einheitliches Erscheinungsbild und ein hoher Wiedererkennungswert gehören zur Kampagne. Die dafür notwendigen einheitlichen orangenen Plakate und Ähnliches werden bei Aktionen an Aktivist*innen verteilt. Die Zahlung solcher und weitere Sachkosten macht es den Aktivist*innen leichter zu handeln. Es können z.B. Räume angemietet werden. Bei Gesprächen in der KfA sind die Sachkosten der Aktionen kein Thema: Die Mieten für PKWs werden bezahlt, die z.B. für Autobahnblockaden angemietet wurden, ggfs. auch die Schäden daran oder Abschleppkosten. Aktivist*innen haben also kein Geld in der Hand, aber sie beunruhigen sich nicht über mögliche Folgekosten der Aktionen (Beobachtung 16.5.23).

Es sind zudem externe Expert*innen, die für durchgeführte Schulungen und Trainings eine Aufwandsentschädigung erhalten (Beobachtung 17.8.23). Nach Presseberichten erhalten ca. 30 Mitglieder für ihre Organisations- und Bildungsarbeit ein geringes Einkommen (vgl. Focus 2023).

Über solche üblichen Bewegungskosten hinaus gehen vor allem Gerichtskosten und Strafen. Die Letzte Generation übernimmt Gerichtskosten, aber keine Strafen. Meinem Interviewpartner zur Folge geht es bei der Übernahme der Gerichtskosten darum, dass Personen nicht aus Geldmangel oder aufgrund geringer Erfolgsaussichten einen teuren Gerichtsprozess meiden und sofort ein Bußgeld zahlen. Die Letzte Generation hat nämlich zum Ziel, dass Anklagen vor Gericht verhandelt werden:

„also es gibt einen Umwelttreuhandfonds, der zahlt Gerichtskosten. Weil vom Ablauf her, man bekommt einen Strafbefehl irgendwann und diesen Strafbefehl kann man bezahlen oder man widerspricht und dann gibt es Gerichtskosten. Und diese Gerichtskosten werden getragen, damit es vor Gericht landet, und endlich der ganze Bereich der Juristerei sich verdammt nochmal mit unserer Klimakatastrophe auseinandersetzt. Und dass das dann irgendwann vor dem Bundesverfassungsgericht steht und wo die entscheiden müssen, ob das, was wir tun in Angesicht der unterlassenen Geschichten, die wir als Gesellschaft grade abziehen, nicht „Notfallstand“ ist“ (I.: 41).

Die verhängten Strafen sind jedoch von den Gerichtskosten zu unterscheiden und werden nicht übernommen: „Aber die Strafen selbst müssen wir selbst zahlen“ (I.: 43). Mit diesen Kosten, die auf sie zukommen, haben die Aktivist*innen unterschiedliche Umgangsweisen (vgl. I.: 36-45): Es gibt Aktivist*innen, die in die Privatinsolvenz gegangen sind und damit über Jahre mit einem Pfändungsschutzkonto leben

werden. Auf sie können Ersatzfreiheitsstrafen zukommen. Andere, wie der Interviewte, werden die Strafen selbst tragen. Manche versuchen über Aufrufe, persönliche Spenden dafür zu bekommen.

Transparenz und Basisdemokratie versus Hierarchie und Kampagnenfähigkeit

Fast alle Kampagnen des zivilen Ungehorsams oder zivilen Widerstands hatten bislang charismatische Führungspersonen, denen die Aktivist*innen vertrauten. Bei der Letzten Generation wird keine einzelne Person herausgestellt, sie wird strategisch gesteuert vom Kernteam (Henning, Melli, Lea) und der Kerngruppe (Kernteam sowie Carla, Kim und Lars). Diese sechs Personen wenden sich immer wieder mit Botschaften an alle Mitglieder der LG. Für die praktischen Dinge gibt es Arbeitsgruppen und Regionalteams (Letzte Generation o.J. Organigramm).

„Bedeutet, es gibt kein basisdemokratisches Konzept, wo sich alle Menschen zwei Tage in einer Sporthalle zusammensetzen und nochmal alles überprüfen und alle Perspektiven gesammelt werden. Sondern es gibt letztendlich einen Plan, einen Fahrplan. So Menschen, die seit Jahrzehnten in dem Ganzen drin sind, sich damit sozialwissenschaftlich auseinandergesetzt haben – das Ganze ist eine Wissenschaft für sich – und die letztendlich einen roten Faden haben, der bis dato offensichtlich sehr gut funktioniert“ (I.: 12).

Die Letzte Generation bereitet sich auf eine weiter wachsende Mitgliedschaft vor: Die Organisationsstruktur ist komplex (Letzte Generation o.J.: Organigramm). Für die Aktivist*innen scheint das so passend zu sein: In vielen Gesprächen bin ich auf keine Kritik gestoßen an der Hierarchie zwischen den entscheidenden Protestexpert*innen der Kerngruppe und der eigenen Rolle als umsetzende Aktivist*in.

Von außen gibt es Kritik an der Kerngruppe als nicht gewählte zentrale Einheit; vom Vorwurf, undemokratisch zu sein, ist es nicht so weit zur Behauptung, dass die LG von undurchsichtigen Mächten gesteuert werde. Im Gegensatz dazu hat die um 2019 besonders in den Medien wahrgenommene FridaysforFuture - Bewegung in Deutschland viele Gruppen und verschiedene Zentren; erst mit der Zeit wurden einzelne Sprecher*innen wie Luisa Neubauer als zentrale Figuren wahrgenommen.

Auch bei ihren Aktionen setzt die Letzte Generation auf eine funktionale Hierarchie (vgl. I.: 12):

„Genau, da wird nicht basisdemokratisch auf der Straße ausdiskutiert, wann wir uns hinsetzen. Sondern eine Person hat den Hut auf und sagt, ja jetzt setzen wir uns auch hin“ (I.: 14).

5 Die Außenwirkung der Letzten Generation

Ziviler Ungehorsam soll die Aufrechterhaltung der Ignoranz erschweren

In der Selbstdarstellung der Letzten Generation wird als Ziel genannt, den Preis für die Aufrechterhaltung der Ignoranz der Klimazerstörung in die Höhe zu treiben. Der Ansatz stammt aus der Theorie des gewaltfreien zivilen Widerstands:

„King betonte, dass sich durch gute Gründe vielleicht einzelne Individuen überzeugen ließen, aber eine Gesellschaft werde durch machtvolle Gruppeninteressen konstituiert und die bekomme man nur dann bewegt, wenn man den Preis für die Aufrechterhaltung des Status Quo erhöhe. Deswegen müsse man genau überlegen, gegen wen sich Protest richtet. Nehme ich die Öffentlichkeit in Beschlag, willkürlich, ohne eine klare Bestimmung, oder setze ich gezielt Status-Quo-Erhaltungskräfte unter Druck? Das ist ein relevanter Aspekt bei der Beantwortung der Frage, wieviel Disruption erlaubt und Demokratiekompatibel ist. Je nachdem, wie man die Sache interpretiert, weicht die Letzte Generation ganz bewusst davon ab – indem ihre Sitzblockaden alle treffen können – oder weitet das Konzept der Status-Quo-Erhaltungskräfte auf alle Autofahrenden aus. Klar jedenfalls ist, dass ihre früheren Aktionen gegen

Supermarktketten oder Lebensmittelkonzerne, die gegen ein Lebensmittelverschwendungsgesetz mobilisierten, medial kaum wahrgenommen worden sind. Die Fokussierung der Disruption auf Status-quo-Erhaltungskräfte zeigte in diesem Fall also kaum eine Wirkung“ (Volk/Grimm 2023: 312).

Eine solche Zielsetzung erfordert also ein genaues Überlegen, wo sich der Einsatz der Kräfte lohnt. Der Effekt ist eben auch von der Taktik und den Möglichkeiten der Gegenseite abhängig. Deutschland als eines der reichsten Länder der Welt kann sicherlich einige Belastungen finanziell aushalten, etwa volkswirtschaftliche Schäden durch gestörten Automobilverkehr oder Polizeieinsätze. Beharrende Kräfte haben aber vor allem wirksame Instrumente der Gegenmobilisierung. Insbesondere die konservative Mainstreampresse und die mit ihr arbeitenden Politiker*innen können eine öffentliche Debatte häufig in die von ihnen gewünschte Richtung bewegen, Folgen von Aktionen überhöhen oder aber sie kaum erscheinen lassen. Sie können auch mit Schuldzuweisung und Kriminalisierung vom Thema ablenken.

Die Kerngruppe muss daher einige verschiedene Aspekte der Kampagne in Balance halten. Es wirkt auf mich wie ein Mobile: Wenn sich ein Element bewegt, bewegen sich alle anderen ebenfalls. Die Kerngruppe muss also balancieren zwischen:

- Medienaufmerksamkeit
- Entlarvungen von Verantwortlichen und Klimakillern durch
 - Hohe eigene Opfer
 - Leicht umsetzbare Forderungen
 - Entlarvende Überreaktionen
- Alltagsstörung
 - Entlarvung von fossilen Alltagsroutinen von Bürgern
 - Reflexion über Bedeutung des Anliegens Klimaschutz
- Wachsende Bewegung
 - Gewinnung von Aktivist*innen
 - Gewinnung seriöser Unterstützer*innen

All das in der richtigen Balance gehalten soll den Preis für das Beharren auf minimalen Klimakompromissen erhöhen und letztendlich zu klimaschützenden Reaktionen und Handlungen im politischen und juristischen System führen. Im Einzelnen:

Öffentlichkeit über (Massen-)Medien als einziges politisches Instrument sozialer Bewegungen

Auch wenn ihr Ziel in der Regel die Haltungsänderung bei politischen Entscheidungsträgern ist, bleibt eine hohe Medienresonanz für Protestbewegungen das zentrale Mittel der politischen Wirksamkeit. Institutionelle Wege stehen ihnen im Gegensatz zu anderen politischen Akteuren nicht zur Verfügung (vgl. Rucht 1994: 347f). Dementsprechend ist die Medienarbeit der Letzten Generation sehr professionell, sie hat, wie andere Aktionsgruppen auch (z.B. extinction rebellion, Fridays for Future) Pressesprecher*innen und fordert ihre Mitglieder auf, Anfragen der Presse an diese sogenannten „Pressebiegen“ weiterzuleiten.

Vom Auftreten und Erscheinungsbild her möchte sich die LG absetzen vom bunten und teils fröhlichen Protest der Schüler*innen des FFF. Der Ernst der Lage soll durch eine klare Botschaft verdeutlicht werden, die durch einheitliches, ernstes Auftreten unterstützt wird. So ist die Farbe der Bewegung einheitlich die Warnfarbe Orange: Die Mitglieder tragen in aller Regel orange Warnwesten, orange Farbe wird auf Fassaden gesprüht, es werden immer die gleichen orangen Plakate verwendet. Der Blick ist ernst, bei Protestmärschen wurde ich dazu angehalten, nicht zu reden, essen oder trinken. Bei den Sprühaktionen sollen die Fotos der Aktion, eigene wie auch die der Presse, Klarheit und Festigkeit vermitteln: Das Gewicht soll möglichst auf beiden Beinen gleich verteilt sein und es soll ernst geschaut werden. Eine Aktivistin hörte ich einmal

selbstkritisch sagen: „Auf dem Foto stehe ich nicht parallel auf beiden Beinen, das ist nicht gut.“
Aktivist*innen bewegen sich bei den Aktionen gemessen (vgl. Letzte Generation o.J.: Protestplanung). Dazu gehört auch, dass sich Aktivist*innen bei Diskussionen mit Passanten nicht zu Wortgefechten hochschaukeln, LG-Mitglieder reagieren auf Ansprache, aber nicht aggressiv. Aber wirkt es nicht emotionslos und maskenhaft und ist weniger anschlussfähig, das eigene Erscheinungsbild so zu kontrollieren?

„Zur Kontrolle: ja eben nicht. Wenn uns Reporter in dem Moment fotografieren, wie einer in der Nase popelt, der andere holt sich grade was aus dem Rucksack raus, dann ist das halt so, da haben wir keine Kontrolle. Aber ja, uns ist der Ernst der Lage bewusst, und wir wissen, wir sind nicht auf der Straße, wir sind auf einer Bühne. Wenn man lacht, wenn man dabei ist, das passt thematisch überhaupt nicht rein. Und mit der Frage der Anschlussfähigkeit, darum geht es nicht mehr, für mich thematisch, ich bin da und es geht ums Artensterben, es geht darum, um unsere Demokratie zu demonstrieren, dann will ich dabei nicht lachen, das geht einfach nicht“ (l.: 78).

Hohe mediale Wirksamkeit der Blockaden

In einer Zeit, in der der Krieg in der Ukraine die Medien extrem dominiert hat, bekam die Letzte Generation mit der Berichterstattung über Straßenblockaden und Farbwürfen in Museen eine außerordentlich hohe mediale Resonanz (vgl. Rucht 2023: 199). Neben dem Ausdünnen und Beenden von Öl- und Gaslieferungen aus Russland ist es wohl die Berichterstattung über die letzte Generation, die das Thema „klimaschädliche Treibhausgase“ wieder auf die Tagesordnung der Politik gebracht hat. Allerdings spiegelt ein Großteil der Berichterstattung die fehlende Akzeptanz für die Wahl der Mittel wieder (vgl. Rucht 2023: 198).

Eine hohe Resonanz ist den Aktivist*innen wichtig, wie immer sie geartet ist. Eine Organisatorin wusste z.B. den prozentualen Anteil der Nachrichten über die Letzte Generation an allen Nachrichten im letzten halben Jahr (Beobachtung 8.5.23).

„Seit 40 Jahren gibt es Angebote von diversen Gruppen mit Emotionen und Anschlussfähigkeit, aber den notwendigen Wandel, den wir als Gesellschaft brauchen, um den Klimakollaps aufzuhalten, der ist nicht erfolgt. Und ich weiß selber nicht, ob Straßenblockaden bei dem Ernst der Lage das richtige Mittel der Wahl sind. Aktuell ist es das effektivste, was geht“ (l.: 98).

Doch in der schnelllebigen Medienwelt kann die Aufmerksamkeit für die Aktionen und die Klimazerstörung abnehmen. Bei den jetzt, im Herbst 2023, laufenden Protesten scheint mir die Resonanz bei den Medien schon geringer. Dies könnte die Protesterfahrung eines Aktivist*innen der 1980er Jahre bestätigen, der betonte, Medien benötigten immer wieder Neues, über wiederholte Proteste in derselben Form würde meist nicht mehr berichtet. Auf sinkende Aufmerksamkeit muss das Kernteam der LG gegebenenfalls reagieren. Wie lange kann eine Balance zwischen den verschiedenen Elementen so gehalten werden, dass es dem Klimaschutz dienlich ist?

Ziviler Ungehorsam: Störung des Alltags

Was ist das Ziel gerade der Straßenblockaden? Es geht nicht nur um die maximale Aufmerksamkeit. Der direkte Angriff auf Alltagsroutinen relativ vieler soll die Öffentlichkeit letztlich zum Nachdenken bringen. Gesellschaft und Politik mit dem Problem zu konfrontieren ist ein Ziel von zivilem Ungehorsam:

„Um Gesellschaft zu verändern, müssen staatliche Entscheidungsträger unter Druck gesetzt werden“ (Rucht 1994: 347).

„Gene Sharp constantly insisted that strategic nonviolence does not avoid confrontation or encourage passivity. On the contrary, going back to Gandhi’s experiments in mass mobilization,

advocates have noted that it can more accurately be considered as a form of asymmetric warfare” (Engler/ Engler 2016: 161).

„Wir haben eine große Mittelschicht, oder Leute, die sich ausruhen und bei Fridays for Future auf die Schulter klopfen, ja ist gut, dass ihr es macht, dass ihr euch Gedanken macht. Und was wir tun, wir stören unignorierbar, dadurch, dass wir mit vier Leuten eine Straße blockieren. Und es geht nicht darum, zu provozieren oder die Leute irgendwie zu nerven, sondern das Thema eben so weit in den Fokus zu setzen, dass wir endlich mal als Gesellschaft drüber nachdenken, was wir tun müssen. Und das erreicht bisher diese Aktion für mich wie keine andere“ (l.: 59).

Doch letztlich bleiben die Aktionen symbolisch, zentral ist nicht ihre massenhafte Störung von Prozessen, sondern der medial vermittelte Denkanstoß, wie

„...Robin Celikates argumentiert. Nämlich, dass ziviler Ungehorsam eben nur dann jene symbolische Wirkung entfalten kann, aus dem sich seine Wirkmächtigkeit speist, wenn sich die Protestierenden selbst der Symbolik ihrer Handlungen auch bewusst sind und dem Kontext, in welchem diese Handlung überhaupt wirken können“ (vgl. Volk/Grimm 2023: 307).

Genau dieses Bewusstsein äußert der interviewte Aktivist der LG:

„Wir schränken Leute in ihren Freiheitsrechten ein, und das ist auch nicht wenig, das ist nicht egal. Das ist uns bewusst. Dass man da erstmal sauer ist und eben mit Unverständnis reagiert, ist auch legitim, ich mach das nicht gerne. Letztendlich ist das ein symbolischer und medialer Akt, wir müssen uns hinstellen und mit unangenehmer Wahrheit konfrontieren“ (l.: 104).

Bei der medialen Berichterstattung über die LG steht klar die Störung des Alltags der Bevölkerung im Vordergrund. Straßenblockaden und das Bewerfen von Kunstwerken mit Brei, diese beiden Aktionsformen wurden und werden skandalisiert. Rechte und konservative Medien und Strömungen deuten diese als Angriff auf Bürger und Kultur und bauten eine massive Gegnerschaft auf nach dem Motto: Klimaschutz ja, aber so nicht. Wobei sie schuldig bleiben, wie sie sich für Klimaschutz einsetzen.

Doch diese massiven Angriffe scheinen für die Letzte Generation nicht besonders problematisch zu sein. Bewegungsforscher*innen erklären: Für die Aktivist*innen sei, mittels der Störung der Normalität, eine „...Emotionalisierung des Protestes notwendig, um die gesellschaftlichen Prioritäten und Themensetzungen zu verschieben“ (Kaufer/Albrecht 2022: 15). Ein Protest, der selbstverständliche Alltagsroutinen vieler Menschen stört, weckt solche Emotionen, denn „...genau diese Normalität ist die zentrale Ursache für die Klimakrise“ (Bühmann/Dobusch/Weller 2021: 3).

Die Störung des Alltags durch das Ankleben an Straßen und Autos ruft erhebliche Abwehrreaktionen bei Bürger*innen hervor. Bei meinen teilnehmenden Beobachtungen konnte ich bei der Straßenblockade der Frankfurter Allee am Morgen des 2.5.2023 sehen, wie eine Fußgängerin mit ihrem Hund vor den Blockierenden herumging und viele Male voller Wut rief: „Geht doch mal arbeiten!“ Auch Unter den Linden flanierende Touristen riefen den Teilnehmenden an einem Protestmarsch (27.4.) zu: „Geht doch erstmal arbeiten.“ Vor der Gefangenensammelstelle Tempelhof saßen/lagerten am 23. 5. etwa 10, 15 Personen und warteten auf die Freilassungen von Beteiligten an Straßenblockaden. Eine ca. 50-jährige Passantin wandte sich zur Gruppe und rief: „Wenn ich könnte, würde ich alle, die sich festkleben, verprügeln“. Auf die beschwichtigende Antwort „Gewalt ist auch keine Lösung!“ reagierte sie: „Genau, die müssen einfach mal kapieren, dass so etwas nicht geht.“ Die Blindheit gegenüber der eigenen Gewaltandrohung und die Zuschreibung von Gewalt an Personen, die Straßenverkehr stören, zeigen eine verinnerlichte, tief persönliche Verknüpfung mit dem Individualverkehr mit Motorfahrzeugen. Diese Beispiele deuten die ungeheure emotionale Wucht der Reaktionen nur an, eigentlich alle Aktivist*innen haben körperliche Gewalt durch Bürger*innen erfahren.

Die starken emotionalen Reaktionen von Bürgern bei Straßenblockaden verweisen darauf, dass hier tief in den Persönlichkeiten verankerte Muster angesprochen/aktiviert werden. „Geht doch mal Arbeiten“ ist eine Reaktion der Bürgerlichen der 1960er und 1970er Jahre auf Hippies, die klassische Formen von Erwerbsarbeit ablehnten. Wenn dies Klimaaktivist*innen entgegengehalten wird, deute ich das so, dass die Rufenden sich in ihrer bürgerlichen Existenz in Gänze in Frage gestellt fühlen.

Doch es kann auch ein zu viel an Konfrontation geben. Die „Kerngruppe“ beobachtet öffentliche Reaktionen offensichtlich sehr genau: Nach mehreren Protestwochen in Berlin sind immer mehr Aktivist*innen über das Festkleben ihrer Hand auf dem Asphalt hinausgegangen. Sie klebten sich mit intern so genannten „Betonhänden“ fest. Das bedeutet, dass die ganze Hand einer/s Aktivist*in in einer Mischung aus Sekundenkleber und Sand steckt, die auf dem Asphalt klebt. Durch die Beimischung von Sand ist die Hand schwerer oder gar nicht lösbar, so dass meist das unter der Hand liegende Stück Asphalt aus der Straße herausgemeißelt oder gesägt werden musste.



„Naja also, wir müssen eskalieren. Das klingt dumm und auch verbohrt. Aber die Polizei wird immer effektiver beim Lösen, eine Straßenblockade ist in 10 Minuten geräumt, einfach, weil sie geübter sind. Entsprechend müssen wir schauen, wie die Störung, die wir verursachen wollen, aussieht: Wenn da eine Betonhand dazu gehört, dann ist das ein geeignetes Mittel der Wahl für den Zweck.“
(l.: 110)

Aber am 17.5. 23 ruft die Kerngruppe im internen Broadcast zur Mäßigung auf, weil diese Protestform nicht so gut vermittelbar sei:

„Liebe Bienen, 😊

Ihr seid so mutig, viele von euch haben sich getraut in den letzten Wochen ihre Hand extra fest mit dem Asphalt zu verbinden. Danke!

Wir haben in der Kerngruppe insbesondere auch den Fokus auf unser Außenbild. Dabei haben wir gemerkt, dass das Lösen der Betonhand zum einen sehr aufopferungsbereit aussieht, jedoch nicht bürgerlich sowie anschlussfähig.

Deswegen wollen wir Betonhände in Zukunft strategischer nutzen. Wir machen das nicht zum Selbstzweck. Betonhände machen viel Sinn, wenn die Störung dadurch deutlich erhöht wird. Überlegt

euch also gut, wo das der Fall ist und wo nicht. Setzt die Betonhände strategisch auch innerhalb der Blockade, bspw. mittig. Wägt zudem ab, wie viele Betonhände es pro Blockade gibt. Bedenkt: Abwägung Außenbild/Anschlussfähigkeit vs. Störung.

Danke für eure Entschlossenheit, danke, dass wir gemeinsam viele Menschen in den Protest einbinden.

Carla für die Kerngruppe 🍷

Ziviler Ungehorsam: Entlarvung

In der Theorie der Sozialen Bewegungen wird die Protestform des zivilen Ungehorsams als Entlarvung der Mächtigen verstanden. Dies ist in der Geschichte auch des Öfteren gelungen. Bei der LG: wurden verschiedenste Protestformen ausprobiert: Hungerstreik, Containern, Autobahn- und Straßenblockaden, Störaktionen an Flughäfen, Abdrehen von Pipelines, Besetzung von Universitäten, Störung von Großereignissen, Ankleben an Gemälden und weitere symbolische Aktionen (vgl. Kaufer/Albrecht 2022: 8ff). Die öffentlichen Wirkungen der verschiedenen Aktionen waren sehr unterschiedlich. Die Medien reagierten nach dem die Protestgruppe initiierten Hungerstreik fast nur auf zwei Aktionsformen: Straßenblockaden und das Bewerfen von Kunstwerken mit Brei.

Die Kerngruppe variiert die Forderungen – es ist zu vermuten, in Bezug auf die öffentliche Wirkung. Es wird ausprobiert, welche Forderungen einerseits als schnell wirksam und einfach machbar überzeugen, also anschlussfähig für eine Mehrheit sind. Bei den leicht zu erfüllenden Forderungen ist die leider zu erwartende Handlungsverweigerung der Regierenden besonders deutlich zu entlarven.

„...es geht um Schuld, Verantwortung. Nicht unterlassene Handlungen gibt es seit Jahrzehnten. (...) Niemand kann sich davon freimachen. Und sagen, dass sie nix gewusst haben: Das haben wir alle gewusst. Um das dreht es sich aktuell bei uns. (...) Und damit konfrontieren wir und was da entsprechend an Reaktionen passiert, ist auch verständlich und allen Leuten klar.“ (I.: 28 - 30)

Entlarvung der Verantwortlichen durch leicht umsetzbare Forderungen

Es gibt keine radikalen Forderungen. Die Forderungen sind immer gesellschaftlich mehrheitsfähig (etwa ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen so wie überall in der Welt auch) oder von der Verfassung her vorgeschrieben. Auch dies bewegt sich in der Tradition zivilen Ungehorsams:

„Mit Blick auf die Südstaaten und auf die Bürgerrechtsbewegung macht King aber zwei zentrale Unterscheidungen: Einmal unterscheidet er zwischen enforceable demands (durchsetzbare Forderungen) und non-enforcable demands (nicht durchsetzbaren Forderungen) (King 1991: 123) von Protest und argumentiert folglich, man könne zwar gegen rassistische Segregationsgesetze vorgehen und ihre Abschaffung zu erzwingen versuchen. Was aber nicht unmittelbar über den eigenen Protest durchsetzbar sei, ist das Ende des Rassismus“ (Volk/Grimm 2023: 309).

Diesen Ansatz verfolgt auch die Letzte Generation:

„Klar, wir müssten den Klimanotstand ausrufen. Wir müssen sofort alles ermöglichen, und zwar auch den Klimanotstand, wie bei Corona, müsste man tun. Aber alleine diese einfachen Forderungen, die wir haben, die letztendlich auch demokratisch sind, das sind ja demokratische Mittel. Selbst das 9 Euro Ticket als einfachste Forderung, als Einstiegsforderung, das ist ja nicht unsere einzige Forderung, das wird ja nicht getan, das zeigt auf, dass nichts passieren wird“ (I.: 70).

Fehlende weitreichende Forderungen werden jedoch auch kritisch gesehen:

„Kontrastierend zur selektiven Auswahl umweltpolitischer Forderungen ist das Schweigen zu politischen und ökonomischen Grundfragen. Zwar bekennen sich Vertreter*innen zur demokratischen Ordnung und anerkennen das prinzipielle Gebot der Gesetzestreue, doch fehlen - mit einer Ausnahme - institutionelle Überlegungen und Reformvorschläge“ (Rucht 2023: 201).

Diese Ausnahme ist die Forderung eines Gesellschaftsrats, der fachlich und medial begleitet ein verbindliches Programm für die Einhaltung der Klimaziele entwickeln soll (Letzte Generation o.J.: Gesellschaftsrat). Diese Forderung ist zwar auch kurzfristig umsetzbar, aber weitgehend und stellt durchaus das politische System in Frage.

Die Erfüllung der Forderung der Verbindlichkeit käme allerdings der Selbstentmachtung staatlicher Politikentscheider gleich (vgl. Rucht 2023: 202). Hier besteht ein Spannungsverhältnis zum sonst sehr stark vertretenen Glauben an die institutionalisierte Politik. Die Verbindlichkeit dürfte die Kerngruppe jedoch verlangen, weil sie die Entwicklungen rund um die Kohlekommission, die zwischen Juni 2018 bis Jan 2019 zu dem Kompromiss des Kohleausstiegs bis 2038 kam, genau analysiert hat. Die Kommission war zwar auf Druck von NGOs mit Vertreter*innen von relevanten gesellschaftlichen Gruppen besetzt, aber „die größere Verhandlungsmacht (...) liegt schon strukturell bei den ökonomischen Lobbys“ (Niebert 2019: 62, in: Grothus/Setton 2020: 289). Auf minimale Umsetzung nach maximaler Aufmerksamkeit deutet auch die dürftige Auswertung hin, die die Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage der Linkenfraktion vorlegt hat (vgl. Beucker 2023).

Zur Zielgruppe der Aktionen erklärt mein Interviewpartner: „...letztendlich ist es die Bundesregierung, die dafür verantwortlich ist, unsere Lebensgrundlage zu schützen.“ (I.: 61). Bei der Entlarvung ihrer Handlungsverweigerung sollen aber Gerichte eine wichtige Rolle spielen. Der Gerichtssaal ist als Ort vorgesehen, an dem die Argumente in die staatlichen Institutionen hineingetragen werden (vgl. Rucht 2023: 203). Genauso begründet die LG auch, dass Gerichtskosten übernommen werden.

Entlarvung bürgerlicher Doppelmoral

Trotz geradezu einzigartiger wissenschaftlicher Übereinstimmung über den Menschen als Ursache und die Dramatik der Folgen jeder weiteren Erderwärmung reagiert unsere Gesellschaft kaum. Davon ausgehend sind auch unsere Wohlstandsgesellschaft und ihre Bürger*innen Ziel der Aktionen. Explizit aber wird das Autofahren von der LG in ihren Zielen einzig mit dem Tempolimit angesprochen.

Doch nicht nur bei Straßenblockaden sind gewalttätige Reaktionen keine Seltenheit. Bürger*innen reagieren auf die Aktionen der LG häufiger mit Anschreien, Schlägen und Tritten, auch extremere Reaktionen wurden dokumentiert. „Freie Fahrt für freie Bürger“ zu behindern, in Frage zu stellen, scheint das Normalitätsgefühl vieler Bürger*innen nicht verkraften zu können.

Die Aufrechterhaltung einer Verdrängung kann starke Reaktionen hervorrufen. Das implizite Wissen, dass wir uns so oder so, ob durch Regelungen oder Katastrophen, dem Ende des fossilen Automobilverkehrs nähern, dürfte bei vielen schon vorhanden sein, wird aber massiv verleugnet. Mein Interviewpartner spricht von „psychologischen Verdrängungsmechanismen“ (I.: 114). Politiker trauen sich – um die Gefahr, ihre Wiederwahl zu verpassen – nicht, dies auszusprechen. Hier ist es also die Veränderungsfeindlichkeit, die Bequemlichkeit, die angegriffen wird.

Die Infragestellung alltäglicher Automobilität scheint kein unwillkommener Nebeneffekt. Die Fakten sprechen gerade in Deutschland für sich:

„Würden alle 83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zur gleichen Zeit in den Urlaub fahren, müsste niemand mehr hinten sitzen. Alle fänden bequem auf den Vordersitzen Platz. Denn aktuell

sind 48 Millionen Pkws in Deutschland zugelassen – und es werden jährlich mehr. Übrigens würde sich der Autokorso unserer gemeinsamen Urlaubsfahrt mehr als fünfmal um die Welt erstrecken, und zwar Stoßstange an Stoßstange“ (Allianz der freien Straße 2022: 33).

Als Bürger*innen eines der reichsten Länder der Welt können wir uns nicht nur als Betroffene falschen Regierungshandelns und des Industrielobbyismus verstehen. Die von Regierung und Industrie vertretene Wachstumslogik ist ja eine Logik des Erhalts der Hegemonie Deutschlands auf dem Weltmarkt. Deren Nutznießer*innen sind zumindest alle nicht armen Menschen in Deutschland, also ein guter Teil derer, die auf unseren Straßen fahren. 53% der Deutschen gehören zu den reichsten 10% der Weltbevölkerung (oxfam 2023: 4). Schweigend der Zerstörung zuschauen, weil es für einen selber ja gar nicht so schlecht läuft, so würde ich den von meinem Interviewpartner benannten Verdrängungsmechanismus benennen. Es trifft also oft nicht die Falschen. Insofern passt das Ziel, auch Bürger*innen in ihrem Alltag zu konfrontieren.

Scham und Verdrängung bis hin zur Verleugnung

Selbst für die wirtschaftlich gut Gestellten würde eine Klimakatastrophe erhebliche Einschränkungen an Lebensqualität bringen. Zu wenige Akteur*innen in Politik, Medien und auch in Unternehmen und Firmen stellen sich aber bislang der Verantwortung, den Bürger*innen zu erklären, dass starke Klimaschutzmaßnahmen nötig sind – und dass ohne diese sich zumindest schwere Krisen häufen werden.

Auf diese eingeschränkte Weise angesprochen, verhalten sich viele Bürger*innen mit ihrer Kritik am Klimaschutz und Klimaprotest mittelfristig selbstfeindlich. Ihre emotionale Aufladung insbesondere der Diskussionen über die Straßenblockaden könnte zudem in einem Zusammenhang damit stehen, dass

„durch umfassende Klimaschutzbestrebungen nicht nur konkrete materielle Interessen im Zusammenhang mit bestimmten Produktionsweisen und Industriezweigen (z.B. Erdöl- und Autoindustrie) bedroht werden, sondern die „industrial/ breadwinner masculinities“ ganz allgemein“ (Bührmann/Dobusch/ Weller 2021: 4).

Wer die eigene Identität an fossile Symbole wie PKW, Grillfleisch oder Urlaubsflüge knüpft, wer isolierten Egoismus feiert und Fürsorge eigentlich verachtet, dem dürfte ein Perspektivwechsel in Klimafragen wohl besonders schwerfallen.

Entlarvende Überreaktionen

Die meisten konservativen politischen Akteur*innen nutzen die Klimaproteste, um zu polarisieren. Wie eingeschränkt und zynisch müssen die Führenden dieser Gesellschaft und Medien sein, um zu glauben, die Welt, auf die sie uns zusteuern, würde für sie lebenswert und angenehm? Wurden vor vier Jahren noch die Schulschwänzer von FFF kriminalisiert, erfolgten jetzt auf die Aktionen der LG extreme staatliche Reaktionen, etwa die bayrischen Präventivhaftbeschlüsse, die Terror-Verdächtigungen und die Untersuchungen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung.

„Ziviler Ungehorsam ist, obwohl primär symbolisch gemeint, nicht nur Symbolpolitik im Sinne einer politischen Ersatzhandlung. Welcher und wieviel (normativer) Druck allerdings noch legitim ist, und wie weit er im Sinne einer „Preiserhöhungsstrategie“ (Dworkin 1986) als eigentliches Widerstandsmoment gehen darf, ist die Frage. Bei dieser realistischen Thematik im Begriffsdreieck von zivilem Ungehorsam – Widerstand – Terrorismus sind wir mittendrin in einer größeren, unweigerlich politischen Auseinandersetzung um die Macht, ob Machtdemonstrationen gewollt sind oder nicht. Sie werden so interpretiert, was Handlungskonsequenzen hat“ (Kleger 2023: 3).

Kleger sieht hier, dass eine Balance zu halten ist bei der „Preiserhöhung“. Man könnte Kleger z.B. so deuten, dass ein sich wehrender Staatsapparat geneigt sein kann, zivilen Widerstand als Terror zu definieren, wenn dieser einen so starken Druck ausübt, dass die Macht infrage gestellt wird.

Doch auch diese extremen Reaktionen sieht die Letzte Generation als strategischen Gewinn:

„Eine kritische Masse zu mobilisieren, die so sehr den Alltag unterbricht, dass die Behörden überfordert werden und nur die Wahl bleibt zwischen Überreaktion (Gewalt, Gefängnis etc.) oder Verhandlung. In beiden Fällen gewinnen wir“ (Letzte Generation o.J.: Protestmarsch).

Denn hier rückt die Unverhältnismäßigkeit dieser Reaktionen staatlicher Vertreter*innen in die öffentliche Wahrnehmung. Die massiven Reaktionen der Rechten und Konservativen, die Kriminalisierung, das Gleichsetzen mit Terrorismus führte und führt zu einer starken Solidarisierung in den liberalen bildungsbürgerlichen Schichten. So gab es Solidaritätserklärungen von Wissenschaftler*innen und Künstler*innen (z.B. Handeln statt Kriminalisieren 2023; Akademie der Künste Berlin 2022; 2023). Entlarvende Überreaktionen können durch einen Solidarisierungseffekt also auch neue Unterstützer*innen und Aktivist*innen generieren.

Ziviler Ungehorsam: Opfer als Entlarvung

In der Geschichte des zivilen Ungehorsams führte gerade das Opfer der Aktivist*innen zu Solidarisierung und zur Erkenntnis der Bedeutung des Anliegens bei der Bevölkerung (vgl. Bruhn 2018). Die Inkaufnahme der Strafe ist Bestandteil des zivilen Ungehorsams. Die Opferbereitschaft der Aktivist*innen soll emotional berühren und damit die Rationalisierungsstrategien der Vorherrschenden durchbrechen (vgl. Volk/Grimm 2023: 304). Damit ist eine Offenlegung der eigenen Identität verbunden. Nur, wenn die Strafen drakonisch sind und/oder der Staat nicht als demokratisch bezeichnet werden kann, stellt sich die Frage, ob es einen Sinn erfüllt, sich der Strafverfolgung auszusetzen (vgl. Volk/Grimm 2023: 303). Doch auch das extreme Opfer, sich für Jahre bis Jahrzehnte einsperren zu lassen, führt öfter zu Berichterstattung, Unterstützung und Solidarisierung. So berichten etwa liberale Medien häufiger über derartige Proteste in Russland, Belarus oder im Iran.

Die LG geht davon aus, dass die Erhöhung des Opfers durch massive Verfolgung und Kriminalisierung Unterstützung bringt (vgl. Bletzinger/Herz 2023). Bei den massiven und unverhältnismäßigen Reaktionen etwa aus dem bayrischen Wahlkampf rückt sie zumindest indirekt das Opfer der Aktivist*innen in die Wahrnehmung. Im Sinne der Theorie des zivilen Ungehorsams ist dies die Quelle von Bewusstseinsweiterung bei zumindest einigen der Wahrnehmenden. Dies scheint mit der gegebenen hasserfüllten Berichterstattung in konservativen Massenmedien und im Netz eher bei Wenigen anzukommen, etwa bei denen, die direkt von der LG Informationen bekommen.

Eine wachsende Bewegung

Ziel der Aktionen der LG ist eine große und unignorierbare Störung. Bei der LG geht es dabei zuvörderst um die Kapazitätsgrenzen der Gefangenensammelstellen und der Gerichte. Eine Überlastung dieser Systeme könnte die Proteste so groß werden lassen, dass ein Umschwenken die (politisch oder finanziell) günstigere Variante für die Regierung wäre:

„Gewaltfreie Störung, Opferbereitschaft und Intensivierung der Proteste sind die drei Zutaten, die es immer gebraucht hat und weiterhin braucht, um zu gewinnen. Lässt du eine weg, kannst du es bleiben lassen.“ (Letzte Generation o.J.: Plan. Unter Verweis auf Engler/Engler 2016).

Die dritte „Zutat“ zum zivilen Ungehorsam/Widerstand ist also das Wachstum der Bewegung: Wie kann eine stetige Intensivierung der Proteste gelingen? Die Bewegung muss wachsen. Ziel ist es, dass Behörden der

Masse der vorgesehenen Verfahren für die Ordnungswidrigkeiten und Bestrafungen der Aktionen des zivilen Ungehorsams nicht mehr Herr werden und die Aktionen teils nicht mehr sanktioniert werden können. Weniger Sanktionen würden es wiederum erleichtern, sich den Aktionsgruppen anzuschließen.

Das Akzeptieren der Strafverfolgung hat eine wichtige, aber kaum ausgesprochene Funktion in der Ansprache der Öffentlichkeit. Denn damit wird die Deutungshoheit über die Aktionen bewusst den Gerichten und damit einer Vertretung der Gesellschaft überlassen:

„Der Gedanke ist da, zu sagen: Liebe Öffentlichkeit, seid ihr wirklich der Meinung, dass diejenigen, die sich gegen schlafwandlerische Klimapolitik wenden, ins Gefängnis müssen?“ (Volk/Grimm 2023: 303)

Am 24. August 2023 gelang im Gerichtssaal ein Schritt in Richtung dieser Diskussion. Ein Richter in Moabit hat den Prozess gegen Carla Hinrichs aus der Kerngruppe der LG ausgesetzt, damit sie Beweise dafür liefert, dass sie aus Gewissensnot handele. Genau diese Art von Fragen will die Letzte Generation vor Gericht verhandeln. Allerdings hat dieser Prozess medial kaum Echo gefunden, es waren eher kleine Nachrichten wie diese: „Handelte sie aus „Gewissensnot“? Prozess gegen Klimaaktivistin Carla Hinrichs ausgesetzt.“ (ntv 2023). Richter*innen werden von der LG als Repräsentierende unserer Gesellschaft verstanden. Sowohl Diskussionen mit ihnen als auch harte Strafen, die Empörung auslöst, sollen letztlich mehr Zustimmung zu und Beteiligung an Klimaprotesten erreichen.

Doch das klappt nicht automatisch. Es ist erheblich, wie die öffentliche und staatliche Reaktion ausfällt. Der Preis kann durch staatliche Sanktionen (wie in Bayern mit seiner Präventivhaft für Klimabewegte) sehr hoch gesetzt werden. Die Reaktion auf die bislang bestimmende Protestform der Straßenblockade mittels Festkleben kann sehr heftige Gegenreaktionen auslösen. Dadurch können Zulauf und Zustimmung auch versiegen.

Unterstützer*innen: Ziviler Ungehorsam als Demokratieträger

Es gibt viele Aktionen zur Unterstützung der Letzten Generation aus der Zivilgesellschaft. Es sind vielleicht eher die Bildungseliten:

„Das war im März so von Abgeordneten, ganz viele Leute wie Künstler*innen, Leute aus der Gesellschaft, die sich korrekt mit uns bekennen „Wir sind alle die letzte Generation.“ Das auch tatsächlich an die Bundesregierung weitergegeben haben. Alleine der Gesundheitssektor, wir haben vor 2 Jahren, also die WHO und internationale Organisationen und Institutionen haben sich mit einem offenem Brief an uns gewandt. Wo legit drinsteht 1 zu 1, wir müssen jetzt raus aus den fossilen Energien“ (l.: 128).

Demokratie oder den Protesten nachgeben – dieses Spannungsfeld wird von rechten Medien öfter aufgemacht. Es ist ein wichtiges Narrativ in der öffentlichen Gegenbewegung zu den Aktionen der LG: der Vorwurf, diese Aktionen seien undemokratisch, ja ein Angriff auf die Demokratie. Diese Argumentation wurde auch schon anderen sozialen Bewegungen entgegengehalten, die zivilen Ungehorsam praktizierten. Es war etwa von Erpressung des Staates die Rede. Dem wird von Unterstützer*innen entgegengehalten, dass ziviler Ungehorsam ein Instrument der Demokratie ist, Sprachrohr von Ausgeschlossenen ist (vgl. Volk/Grimm 2023: 312f) und dass durch zivilen Ungehorsam schon entscheidende Entwicklungen für Deutschland eingeleitet wurden (vgl. Celikates 2023).

Auch die externe Finanzierung wird in der Öffentlichkeit gelegentlich kritisch beleuchtet, hier wird als polarisierende Behauptung das Narrativ der gekauften Aktivistinnen bedient (vgl. z.B. Focus 2023).

Zusammenarbeit und Vernetzung in der Klimagerechtigkeitsbewegung

Klimaaktivist*innen werden in der Öffentlichkeit, etwa in Interviews, stets angefragt, Trennendes zu anderen Gruppierungen hervorzuheben: Eine Erklärung einer Aktivistin, warum sie bei FFF und nicht bei einer anderen Gruppe aktiv ist, wurde von der Presse etwa gegen jede weitere Evidenz umgedeutet, um nichtexistierende Spaltungen zu behaupten. Doch organisatorisch, personell und inhaltlich lassen sich Klimaaktivist*innen bislang nicht auseinanderdividieren.

Organisatorische Zusammenarbeit können wir zum Beispiel daran erkennen, wie die verschiedenen Gruppen ihre Termine im Frühjahr 2023 genau aufeinander abgestimmt haben. FFF organisierte am 3.3.23 eine große Demonstration im Vorfeld des Volksentscheids für das Klima. Die Aktivist*innen für den Volksentscheid führen eine eigene Veranstaltung am Vorabend der Abstimmung, am 25.3.23, durch. Vom 12.-17.4. 23 folgte die Spring Rebellion, vielfältigen Aktionen in Berlin, ausgehend von einer Zeltstadt von extinction rebellion am Invalidenplatz in Berlin, DEM Demonstrationsplatz der FFF-Bewegung. Direkt danach begannen die Aktionswochen der Letzten Generation, mit einer Auftaktveranstaltung am 19.4.2023. Im Herbst 2023 begannen die Aktionswochen der LG im September, aber die LG beteiligte sich (selbstverständlich) am 15.9.23 am weltweiten Klimastreiks der FFF und rief zur Teilnahme an den Demonstrationen auf.

Die Zusammenarbeit entsteht auch durch große personelle Überschneidungen. Volksentscheidaktivist*innen aus Berlin sind nach dem gescheiterten Entscheid etwa zur Spring Rebellion gekommen. Zu den Schulungen der LG kommen manche „Neue“ ohne Aktivist*innengeschichte, andere aber berichten, dass sie vorher schon bei Ende Gelände, FFF oder Besetzungen in Lützerath dabei waren.

Die gleiche inhaltliche Zielsetzung („Beendigung des fossilen Wahnsinns“) führt auch zu gegenseitiger Hilfe, so hat etwa Extinction Rebellion der LG ihr Awarenesskonzept zur Nachahmung empfohlen und erläutert. Versuchen zur Spaltung der Klimaaktivist*innen in angemessene und unangemessene Protestierende, in „Gute“ und „Böse“ wird widerstanden. Bei den Reden bei Veranstaltungen werden die anderen Gruppen immer respektiert und unterstützt.

6 Wie wirksam ist der Protest?

Bislang erzielten andere Protestformen noch nicht genügend Erfolge gegen die Lobby fossiler Energieproduzenten und industrieller Verbraucher. Sie konnten die Struktur der Verantwortungslosigkeit der Politik und Wirtschaft anprangern, der Klimaschutz kommt aber nur in kleinen Schritten voran. Angesichts des weiterhin unzureichenden Klimamanagements unserer Regierung lassen die Fachleute keinen Zweifel an der Legitimität des Protestes mit zivilem Ungehorsam und an dessen hohem Wert für die Demokratie:

„Aus diesem Grund fällt für mich auch noch eine weitere Unterscheidung weg, nämlich die zwischen legitimem und illegitimem zivilem Ungehorsam. Ziviler Ungehorsam hat eine Selbstlegitimierung. Die richtige Frage ist aus meiner Sicht, ob die konkrete Aktion, der konkrete Protest so gestrickt ist, dass er diese Selbstlegitimierung, die mit dem Begriff einhergeht, auch erfüllt“ (Volk/Grimm 2023: 303).

Die Geschichte des zivilen Ungehorsams zeigt sehr deutlich, dass dieser für die Demokratie wertvolle Beiträge geleistet hat. Doch auch die Erfolge im Kampf gegen die rassistische Segregation in den USA wurden nicht gleich mit den ersten Aktionen zivilen Widerstands erzielt. Erst nach einer Reihe verschiedener gewaltfreier Aktionen brachten die Proteste in Birmingham den Durchbruch (vgl. Engler/Engler 2016). Wie stehen also die Chancen, dass der zivile Ungehorsam der Letzten Generation eine disruptive Veränderung unserer Klimapolitik erreichen kann?

Wächst die Bewegung?

Eine Voraussetzung für zivilen Widerstand ist eine stetig wachsende Bewegung. Diese soll die Ordnungsbehörden in die Überforderung/Handlungsunfähigkeit führen und den Preis für die klimapolitische Untätigkeit erhöhen. Aber dass eine soziale Bewegung agiert und wächst, bis sie eine disruptive Veränderung erreicht, gab es in Deutschlands Geschichte bislang äußerst selten. Das DDR-Regime wurde tatsächlich so gestürzt. Ansonsten haben etwa die Frauen-, Schwulen-, Umwelt- oder Friedensbewegungen Veränderungen und Umdenken angestoßen, die in kleinen Schritten durchgesetzt wurden, als die Mobilisierung auf der Straße längst nachgelassen hatte.

Sicherlich werden zunehmend mehr Menschen erkennen, dass wir, wie die LG es formuliert, „ungebremst gegen die Wand rasen“. Aber so wie bei Fridays for Future könnte es auch für diese Form des Protestes und für diese Form der Organisation einen Höhepunkt an Mobilisierungsfähigkeit und Aufmerksamkeit geben, vielleicht war dieser schon im Frühjahr 2023 erreicht. Die LG müsste sich ohne weiteres Wachstum dann als ein Teil der Klimabewegung bei den Gruppen einreihen, die in einer Phase hohe Bedeutung hatten und die Gesellschaft mit dem Thema Klimazerstörung konfrontierten und Diskussionen voranbrachten. Für die Aktivist*innen bliebe dann der hohe persönliche Preis – sie mussten Gewalt, emotionalen Druck aushalten und Strafen und Gefängnisaufenthalte in Kauf nehmen. Hoffentlich bleiben möglichst wenige Aktivist*innen mit den emotionalen Lasten, den individuellen Folgen von Geld- Haftstrafen allein, falls sich die Bewegung abschwächen sollte und eine andere die öffentliche Aufmerksamkeit gewinnt.

Es kann anders laufen: Nachdem Extinction Rebellion 27 Tage lang eine Stadtautobahn in Amsterdam blockiert hatte, nachdem die Besetzenden mit Wasserwerfern angegriffen und 9.000 Personen verhaftet wurden, hat in den Niederlanden das Parlament beschlossen, einen Ausstiegsplan aus fossilen Energien bis 2030 zu entwickeln (vgl. Climate Emergency Fund o.J.). Die Herbstblockaden der Letzten Generation konnten keine solche Macht entfalten. Es stellt sich die Frage, welche Bedingungen in Deutschland anders sind.

Mediale Aufmerksamkeit und symbolischer Protest

Soziale Bewegungen sind im hohen Maße von Medien abhängig. Aktionen und Protest können nur wirksam sein, wenn sie zu Medienaufmerksamkeit führen. Gezielte symbolische Proteste der Letzten Generation wie das Abdrehen von Gasleitungen oder die Entlarvung von Klimakillern wie Privatflugzeugen oder Luxusgütern haben leider immer wieder eine geringe Medienaufmerksamkeit bekommen. Dabei könnten passive, aber umweltbewusste Menschen durch solche genauen symbolischen Fingerzeige auf gesellschaftliche Widersprüche überzeugt werden, aktiv zu werden. Doch die Medienaufmerksamkeit kam erst durch Empörung über Grenzüberschreitungen wie die Farbwürfe gegen Kunst oder Denkmäler und vor allem durch die Störung alltäglicher Routinen vieler Bürger*innen durch Straßenblockaden. Viele potentiell Betroffene empfinden diese Alltagsstörung in den Protestwochen nicht nur als symbolisch. Die massive Gegnerschaft ist sicherlich auch durch die gegenwärtige dominierende rückwärtsgewandte Medienlandschaft gefördert worden, die die Alltagsstörungen für eine skandalisierende, negative, diskreditierende Berichterstattung genutzt hat.

Die Gefahr einer gesellschaftlichen Polarisierung

Medien und politische Akteur*innen lassen keine Chance aus, eine politische Polarisierung der Gesellschaft zu verstärken. Es kann daher zutreffen, dass wir durch die Klimazerstörung in eine gesellschaftliche Polarisierung hingeraten, in der immer extremere Gegnerschaften aufgebaut werden:

„Der fortschreitende Klimawandel und die immer kontroverseren Reaktionen auf Strategien zur Abmilderung und Bewältigung seiner Folgen lassen derzeit eine zunehmende Radikalisierung und

Polarisierung im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts vermuten. Entschiedene Politiken zur gleichzeitigen Adressierung sozialer Spannungen sowie der Klimakrise werden immer dringender gebraucht und erfordern im demokratischen Sinne breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Beide Herausforderungen tragen das Potential in sich, Politik zu überfordern und das politische System instabil sowie die Demokratie porös werden zu lassen. Umso wichtiger wird es sein, probate diskursive Strategien zu finden, um gesellschaftlichen Polarisierungen wirksam zu begegnen“ (Radtke/Drewing u.a. 2020: 825).

Polarisierung ist jedoch kein zwangsläufiger Prozess. Ob wir uns polarisieren, hat mit dem Verhalten politischer Akteur*innen und Medien ebenso zu tun wie mit der Zivilgesellschaft, mit den Reaktionen von Bürger*innen auf die Klimazerstörung und den Klimaprotesten. Es bleibt für unsere Gesellschaft zu hoffen, dass diese Proteste nicht über gewaltfreiem zivilen Ungehorsam hinaus eskalieren.

7 Fazit: Die Proteste werden weitergehen

Aktivist*innen der letzten Generation bemühen sich mit all ihren Kräften, das Thema Klimazerstörung und Erdüberhitzung in die öffentliche Diskussion zu bringen und dort zu halten. „Wir haben einen Plan“, die Ankündigung, die bei allen Kennenlernetreffen gemacht wird, geht weit über die sichtbaren Aktionen hinaus. Unter Bezug auf Mark und Paul Englers Entwurf einer Strategie des gewaltfreien Widerstandes (2016) wird in der Kerngruppe genau überlegt und abgewogen, wie der Protest weiterentwickelt werden kann, wie die Öffentlichkeit erreicht, die Bürger aus ihrer Lethargie gerissen werden können, wie Politiker zum Handeln gebracht werden können. Der strategische Zugang ist an der Tiefe und Breite der bearbeiteten Themen auf der Website der Letzten Generation deutlich erkennbar.

Die Letzte Generation übernimmt dabei genau die Zielsetzung und Vorgehensweise des gewaltfreien zivilen Widerstands. Dieser ist als letztes Mittel angesichts des Verfassungs- und Gesetzesbruchs der neoliberal durchsetzen Regierungspolitik in einer zentralen Zukunftsfrage legitim. Für viele junge Menschen ist dies eine Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit angesichts einer lähmenden Ignoranz ihrer Zukunftsperspektiven.

Es bleibt abzuwarten, welche Aktionsformen des zivilen Ungehorsams die Letzte Generation oder andere Aktivist*innen in Zukunft wählen und wie erfolgreich diese sein werden. Gene Sharp zählt in seinem Buch „The Politics of Nonviolent Action“ (1973) 198 Methoden gewaltfreier Aktion auf. Die Aktivist*innen der Letzten Generation sind nur die Spitze eines Eisberges: Es gibt bereits so viele Menschen, die für eine lebensvolle Zukunft in sozialen und klimabewussten Projekten arbeiten, dieser aktive Einsatz gegen die fortschreitende Zerstörung wird sich auch politisch vermehrt zeigen, staatliche Politik sollte diesen aufnehmen, statt zu dämonisieren. Deutsche Politiker*innen sollten endlich wieder Vernunft annehmen und sich für unsere Gesellschaft einsetzen. Um mit Hazel Brugger zu fragen:

„Was braucht es, damit Deutschland das Tempolimit einführt? Eine Alien-Invasion?“ (siehe Letzte Generation o.J.: Forderungen).

Es liegt an uns, den Faden der Letzten Generation aufzunehmen. Die Aufgabe ist, nicht nur in den Bereichen und Räumen, in denen wir Gestaltungsmacht haben, klimafreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Darüber hinaus gilt es, in zusätzlichem politischen Engagement eine der Zerstörungskraft angemessene politische Eingrenzung der beharrenden Kräfte des fossilen Zeitalters zu erreichen.

Prof. Dr. Stephan Höyng, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Fach- und Arbeitsgebiet: Geschlechterdifferenzierte Jungen- und Männerarbeit, Telefon: +49 30 50 10 10 86, Raumnummer: 3.062;

Homepage: Institut für Gender und Diversity in der sozialen Praxisforschung. E-Mail: stephan.hoeyng@khsb-berlin.de

Literatur

Allianz der freien Straße (Hg.) 2022: Manifest der freien Straße. Berlin, Jovis Verlag

A22 Netzwerk o.J.: Erklärung. <https://a22network.org/de/>

Akademie der Künste 2022: Herbst-Mitgliederversammlung 2022 der Akademie der Künste – Solidarität mit der Letzten Generation. https://www.adk.de/de/news/index.htm?we_objectID=64834

Akademie der Künste Berlin 2023: 21. Akademie Gespräch. Klimakatastrophe und Letzte Generation. 24.4.2023 https://www.adk.de/de/presse/pressemitteilungen.htm?we_objectID=65259

Benford, Robert D./ Snow, David A. 2000: Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: *Annual Review of Sociology*. 26(1), S. 611-639.

Beucker, Pascal 2023: Bürgerräte nur Tamtam? In: *Taz*, 11.8.2023, S.7.

Bletzinger/ Herz 2023: Verfolgung der ‚Letzten Generation‘ erreicht neue Eskalationsstufe“: Amnesty verurteilt Razzia. *Frankfurter Rundschau*; <https://www.fr.de/panorama/razzia-wohnungen-vorwurf-letzte-generation-kriminelle-vereinigung-durchsucht-website-bundesweite-92299029.html>

Bruhn, Jürgen 2018: *Weltweiter ziviler Ungehorsam. Die Geschichte einer gewaltfreien Revolution*. Baden-Baden, Tectum-Verlag.

Bührmann, Andrea D./ Dobusch, Laura/ Weller, Ines 2021: Editorial zum Schwerpunktthema: Klimakrise, Diversität und Ungleichheitsverhältnisse: Aktuelle Wechselwirkungen und Transformationen. In: *Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management (ZDfm)* 2021, 6 (1), S.3-7, Budrich-Verlag

Celikates, Robin 2023: Protest in der Klimakrise: Die Legitimität zivilen Ungehorsams. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 68(2), 99-106. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/februar/protest-in-der-klimakrise-die-legitimitaet-zivilen-ungehorsams>

Climate Emergency Fund o. J.: <https://www.climateemergencyfund.org/>

Club of Rome 2022: *Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten*. München, Oekom-Verlag.

Della Porta, Donatella/ Diani, Mario 2020: *Social Movements: An Introduction*. Hoboken: Wiley-Blackwell.

Ebert, Theodor 2012: Erfolg durch zivilen Ungehorsam? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. 25(1), S. 60–65.

Engler, Mark/ Engler, Paul 2016: *This Is An Uprising. How Nonviolent Revolt Is Shaping the Twenty-first Century*. New York, Nation Books.

Focus 2023: 1300 Euro fürs Vollzeit-Kleben. Wie sich die „Letzte Generation“ neue Klima-Kleber kauft. https://www.focus.de/politik/deutschland/bieten-1300-euro-fuers-vollzeit-kleben-klimaaktivisten-werben-mit-arbeitsvertraegen-um-nachwuchs_id_181892238.html

Grothus, A./ Setton, D. 2020: Die „Kohlekommission“ aus zivilgesellschaftlicher Perspektive, In: FJSB 2020; 33(1): S. 282-304.

Handeln statt Kriminalisieren 2023: Erklärung zur Unterstützung von Klimaaktivist:innen, (<https://handeln-statt-kriminalisieren.com/>)

Herbers, Lena/ Zobel, Mareike 2022: Soziale Bewegungen. In: Socialnet Lexikon <https://www.socialnet.de/lexikon/Soziale-Bewegung>

Höyng, Stephan 2019: Neue Praxen von Männern und ihre Funktionalisierung in einer neoliberalen Gesellschaft. In: Scholz, Sylka/ Heilmann, Andreas (Hrsg.): *Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften*. München. Oekom. 2019. S. 135-146.

Höyng, Stephan 2020: Mehr Care, mehr Share, weniger Masculinity? Neue Praxen von Männern und ihre Funktionalisierung in einer neoliberalen Gesellschaft. In: Dinges, Martin (Hrsg.): *Männlichkeiten und Care. Selbstsorge, Familiensorge, Gesellschaftssorge*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa. S. 68-85.

Hultman; Martin 2021: Ökologische Männlichkeiten: Auf dem Weg zu einer neuen Normalität? In: ZDfm – Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management Article 06.05.2021.

Intergovernmental Panel on Climate Change 2023: Sixth Assessment Report Climate Change: Synthesis Report of the Ipcc sixth assessment report (AR6) 2023.

I.: Interview mit einem Aktivist:in der Letzten Generation vom 16.05.2023, Transkription mit Zeilennummern.

Jacobson, Lenz 2023: Klimaaktivismus und Klimaschutz: Schadet die Letzte Generation wirklich dem Klimaschutz? In: *Die Zeit*, 28.6.23.

Kaufer, Ricardo/ Albrecht, Anton 2022: „Aufstand der letzten Generation“. Aktionsformen und Legitimationsprobleme“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35 (4) Onlinesupplement, S. 1-24.

Kern, Thomas 2008: *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kleger, Heinz 2023: Der facettenreiche Widerstandsbegriff. FJSB plus, JG 36, Heft 2, 2023, online-supplement <http://forschungsjournal.de/fjsb-plus>

Letzte Generation o.J.: Forderungen. <https://letztegeneration.org/forderungen/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Gesellschaftsrat. <https://letztegeneration.org/gesellschaftsrat/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Organigramm. <https://miro.com/app/board/uXjVMHUrN4I=/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Plan. <https://letztegeneration.org/plan-2023/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Protestkonsens. <https://letztegeneration.org/mitmachen/werte-protestkonsens/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Protestmarsch.

<https://wiki.letztegeneration.org/de/%C3%B6ffentlich/Protestplanung/Protestmarsch> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Protestplanung.

<https://wiki.letztegeneration.org/de/%C3%B6ffentlich/Protestplanung> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Trainings. <https://letztegeneration.org/trainings/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Verfassungsbruch. <https://letztegeneration.org/verfassungsbruch/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Vernetzung. <https://wiki.letztegeneration.org/de/oeffentlich/Vernetzung/Saeuleninfos> (19.11.23); <https://wiki.letztegeneration.org/de/oeffentlich/struktur/Selbstverstaendnisse/Vernetzung> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Vorträge. <https://letztegeneration.org/vortraege/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Wer wir sind. <https://letztegeneration.org/wer-wir-sind/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: wig. <https://letztegeneration.org/wig/> (19.11.23).

Letzte Generation o.J.: Ziviler Widerstand. <https://letztegeneration.org/ziviler-widerstand/> (19.11.23).

McCarthy, John D./ Zald, Mayer N. 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory. In: *American Journal of Sociology*. 82(6), S. 1212–1241.

Niebert, Kai 2019: Kompromiss statt Klimarettung - Kommentar der Umweltverbände zum Ergebnis der Kohlekommission. In: *politische ökologie*, 37. Jahrgang, S. 61-64.

ntv 2023: Handelte sie aus "Gewissensnot"? Prozess gegen Klimaaktivistin Carla Hinrichs ausgesetzt. <https://www.n-tv.de/politik/Prozess-gegen-Klimaaktivistin-Carla-Hinrichs-ausgesetzt-article24348182.html>.

Opp, Karl-Dieter 1998: Die Perspektive der Ressourcenmobilisierung und die Theorie kollektiven Handelns: Eine Anwendung zur Erklärung der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik. In: Hellmann, Kai-Uwe; Koopmanns, Ruud (Hrsg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 90-108.

Oxfam 2020: *Confronting Carbon Inequality*. <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark> (Zugriff 11.8.2023).

Oxfam 2023: *Klima der Ungleichheit. Wie extremer Reichtum weltweit die Klimakrise, Armut und Ungleichheit verschärft*. Berlin

Privatinsolvenz o.J.: <https://www.privatinsolvenz.net/wie-lange-wird-gepfaendet/> (Zugriff 10.8.23).

Radtke, Jörg/ Drewing, Emily/ Zorn, Jenny/ Schreurs, Mirinda 2020: Doubt every crisis! Klimawandelleugnung in Zeiten der Soziologie Pandemie. In: *FSJB* 2020; 33(4), S. 815-828.

Rucht, Dieter 1994: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: *Kölner Zeitschrift für und Sozialpsychologie*; Sonderheft 34/1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag, S. 337-358.

Rucht, Dieter 1995: Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. 8(1), S. 9-23.

Rucht, Dieter 2023: Die Letzte Generation: eine kritische Zwischenbilanz. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2023; 36 (2); de Gruyter, S. 186-204.

Rucht, Dieter; Neidhardt, Friedhelm 2020: Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen. In: Joas, Hans/ Mau, Steffen (Hrsg.): Lehrbuch der Soziologie. Frankfurt am Main: Campus.

Ruser, Alexander 2020: Radikale Konformität und konforme Radikalität? Fridays for Future und Ende Gelände. In: FJSB 2020; 33(4); de Gruyter. S. 801-814.

Saldivia-Gonzatti, Daniel/ Hunger, Sophia/ Hutter, Swen 2023: Analysebericht zur Studie 'Environmental Protest Effects on Public Opinion: Experimental Evidence from Germany' Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; Deutsche Version 1.0.

Sharp, Gene 1973: The Politics of Nonviolent Action. Boston, Porter Sargent Publishers.

Smelser, Neil J. 1962: Theory of Collective Behaviour. London: Routledge.

Snow, David/ Benford, Robert 1988: Ideology Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: International Social Movement Research 1, S. 197-217.

Volk, Christian/ Grimm, Jannis 2023: Christian Volk im Gespräch mit Jannis Grimm: Über den demokratischen Gestus von Aktionen des zivilen Ungehorsams im Regime der Unruhe. In: FSJB 2023; 36(2); S. 298-313.

Teilnehmende Beobachtungen

In einem Forschungstagebuch sind die teilnehmenden Beobachtungen bei der Letzten Generation und weitere teilnehmende Beobachtungen mit Termin notiert:

2022

17. August Infoabend Letzte Generation

18. September Telefonat zu möglichem Engagement mit einer Veranstalterin des Infoabends

23. September: Klimastreik: Demonstration und Kundgebung zusammen mit FFF u. a. Gruppierungen

2023

14. April: Spring Rebellion (12.-17.4.) Invalidenpark Berlin: Extinktion Rebellion

19. April Brunch - Auftakt zu den Aktionswochen der LG in Berlin im der Thomaskirche am Mariannenplatz

22. April Awareness in der Küche für Alle

23. April Demonstration am Brandenburger Tor, Teilnahme als Teil des Awarenessteams

24. April: Akademie der Künste Berlin: Akademie Gespräch: Klimakatastrophe und Letzte Generation

25. April Manifest der freien Straße, Sälchen, Holzmarkt

27. April Teilnahme am Protestmarsch Marx-Engelsforum – Brandenburger Tor

2. Mai Bei der Straßenblockade auf der Frankfurter Allee

8. Mai Awareness in der Küche für Alle

14. Mai Teilnahme am Protesttraining Platz der Luftbrücke

16. Mai Awareness in der Küche für Alle

19. Mai Awareness in der Küche für Alle, Interview mit A.

20. Mai Awareness in der Küche für Alle

23. Mai Emotionaler Support an der Gefangenenensammelstelle Tempelhof

- 23. Mai: *Diskussion über die Klimakatastrophe und Klimaproteste (Maja Göbel und andere)*
- 26. Mai Protestmarsch Frankfurter Allee (starke Beteiligung anlässlich der Kriminalisierung der LG)
- 31. Mai Protestmarsch Frankfurter Allee (starke Beteiligung anlässlich der Kriminalisierung der LG)
- 17. August Antirassismustreffen LG